

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
März 2019

MONATLICHES E-PAPER

POLITISCHER SCHACHZUG

Burundis Präsident
macht eine Kleinstadt zur
Hauptstadt

DROGENPOLITIK

USA und Kolumbien
wollen Kokafelder
zerstören

WÜSTENBILDUNG

Große Grüne Mauer soll
Ausbreitung der Sahara
stoppen



Handelspolitik

Monitor

Die politische Rolle der Kirchen in Südafrika | Deutschlands Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas | Madeleine Albright warnt vor schleichender Unterhöhlung demokratischer Grundwerte | Lehren aus Afghanistan für fragile Staaten | Heutzutage: Entführungen in Simbabwe | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zur Krise in Venezuela und der Verlegung von Burundis Hauptstadt **11**

Tribüne

FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN

Warum die Zerstörung kolumbianischer Kokafelder mit Pestiziden kontraproduktiv sein kann **13**

INTERVIEW MIT NNIMMO BASSEY

Die Große Grüne Mauer quer durch Afrika soll Ausbreitung der Sahara stoppen **15**

Schwerpunkt: Handelspolitik

INTERVIEW MIT IWAN J. AZIS

Donald Trump bringt die Welthandelsordnung durcheinander, hat aber bislang keinen bleibenden Schaden angerichtet **18**

MWANDA PHIRI UND KACANA SIPANGULE

Warum afrikanische Regierungen eine kontinentweite Freihandelszone anstreben **20**

KARIM OKANLA

Die ECOWAS ist ordentlich vorangekommen, weitere Fortschritte wären aber gut **22**

ALISA KAPS

Außenhandelszuwächse haben Äthiopien ein beachtliches Wirtschaftswachstum eingebracht **23**

INTERVIEW MIT CHRISTIANE LAIBACH

DEG-Vorstandssprecherin erläutert, weshalb Entwicklung Freihandel braucht **25**

MONIKA HELLSTERN

Warum die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern nachgebessert werden sollten **28**

MAYSAM BEHRAVESH

Der europäische Versuch, US-Sanktionen gegen den Iran zu umgehen, kommt womöglich zu spät **30**

PRAVEEN JHA

Drei Jahrzehnte haben Indiens Außenhandel grundlegend verändert **32**

SABINE BALK

SPD-Vertreter sprechen sich für eine neue Handelspolitik und fairen Umgang mit Entwicklungsländern aus **34**

SCHWERPUNKT

Handelspolitik

Gründe für Optimismus

Seitdem Donald Trump Präsident der USA ist, verursacht seine Handelspolitik Störungen – und zwar besonders wegen des Zollstreits, den er mit China anging. Ob Trump dauerhaften Schaden anrichtet, steht längst noch nicht fest. Iwan J. Azis von der Cornell University im Staat New York verbreitet im Interview Optimismus. **SEITE 18**

Neue Wege

Afrikanische Regierungen haben mit der Einrichtung einer kontinentalen Freihandelszone begonnen. Sie soll die wirtschaftlichen Perspektiven verbessern, aber es stehen noch erhebliche Herausforderungen bevor, wie die Wirtschaftswissenschaftlerinnen Mwanda Phiri and Kacana Sipangule schreiben. Die ECOWAS ist aus Sicht des Beniner Mediendozenten Karim Okanla keine perfekte regionale Wirtschaftsgemeinschaft und kann sich weiter verbessern. Sie sei aber ordentlich vorangekommen. **SEITEN 20, 22**

Entwicklungsmotor Handel

Äthiopien gilt in Afrika als eine Art Wirtschaftswunderland. Für die Entwicklungsstrategie der Regierung spielt der Außenhandel eine wichtige Rolle, bekräftigt die Berliner Wissenschaftlerin Alisa Kaps. Warum Freihandel für Entwicklung hilfreich ist, erläutert DEG-Vorstandssprecherin Christiane Laibach im Interview. Seit 2002 verhandelt die EU Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Regionalbündnissen in Afrika. Weshalb die Ergebnisse durchwachsen bleiben und das politische Konzept umstritten ist, legt Monika Hellstern von E+Z/D+C dar. **SEITEN 23, 25, 28**

Isolierter Iran

Um das Nuklear-Abkommen mit dem Iran zu retten, haben Deutschland, Frankreich und Britannien kürzlich ein neues Nicht-Dollar-Handelsinstrument eingerichtet. Das ist diplomatisch stimmig, kommt aber womöglich zu spät, meint der Politikwissenschaftler Maysam Behravesch aus Lund. **SEITE 30**

Indische Perspektive

Wie Praveen Jha von der Jawaharlal-Nehru-Universität in Neu Delhi ausführt, ist für Indien der Austausch mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern besonders wichtig. In Sachen Armutsbekämpfung ist China allerdings bislang deutlich erfolgreicher. **SEITE 32**

Spiel mit dem Feuer

Das etablierte System des Welthandels wird zurzeit heftigen Schocks ausgesetzt. US-Präsident Donald Trump ist Teil des Problems, aber nicht allein verantwortlich. Er hat weder den Brexit verursacht, der die EU als wichtigste internationale Freihandelszone erschüttert, noch den Trend zu bilateralen und regionalen Handelsverträgen gestartet, der die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) seit fast zwei Jahrzehnten unterhöhlt.

Handel ist ein Entwicklungsmotor. Historisch ist klar, dass arme Länder Exportmöglichkeiten brauchen, um Arbeitsplätze, Einkommen und neue Chancen zu schaffen. Die Globalisierung hat in Schwellenländern erheblich zur Reduzierung von Armut beigetragen – besonders, aber nicht nur in China.

Entsprechend brauchen gerade die ärmsten Länder eine liberale Welt-handelsordnung. Vom Handel profitieren zwar alle beteiligten Volkswirtschaften, aber nicht alle Menschen. Paul Collier, Entwicklungsökonom von der Universität Oxford, urteilt, die Politik habe generell versäumt, die Erträge der Globalisierung fair zu verteilen. Aus seiner Sicht hat somit mangelhafte nationalstaatliche Politik zu den aktuellen Angriffen auf Multilateralismus geführt.

Angesichts grenzüberschreitender Verflechtung wären sicherlich internationale Regeln zur Begrenzung der Ungleichheit nützlich. Bizarr ist jedenfalls, dass es für weltweite Datenflüsse keine globalen Regeln gibt – trotz deren wachsender Bedeutung. Das größte ungelöste Menschheitsproblem ist indes- sen die globale Umweltzerstörung (siehe Schwerpunkt im E+Z/D+C e-Paper 2019/02).

Ja, das bestehende System der Global Governance ist unzureichend. Angriffe auf die Welthandelsregeln bringen uns aber nicht weiter. Die aktuelle Eskalation von Protektionismus und Zöllen lenkt leider von wichtigeren Aufgaben ab. Unsere Spitzenpolitiker sollten sich auf die UN-Ziele für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs) konzentrieren. Stattdessen bestimmt irrationaler Nationalismus die Tagesordnung. Offenkundig kann kein Land durch Abkehr von Kooperation irgendwie „Größe“ erreichen. Tatsächlich beeinträchtigen Handelskonflikte jedoch sämtliche betroffenen Volkswirtschaften.

Es beruhigt ein wenig, dass das gewohnte Handelssystem bislang relativ intakt geblieben ist. Der Hauptgrund ist, dass wechselseitiger Austausch allen Beteiligten nutzt, sodass sehr viele Interessengruppen etwas zu verlieren haben. Regierungen vermeiden in der Regel Zumutungen an ihre eigene Bevölkerung. Entsprechend schnell wurde das neue USA-Kanada-Mexiko-Abkommen ausgehandelt – und es ändert die Regeln der Wirtschaftsbeziehungen in Nordamerika nur marginal. Auf ähnliche Weise können auch die Verhandlungen zwischen den USA und China noch zu tragfähigen Kompromissen führen. Ähnliches gilt, falls Trump demnächst weitere Zölle auf Importe aus der EU erheben sollte. Offenbar will zudem die Mehrheit der britischen Parlaments- abgeordneten den Brexit so geregelt sehen, dass wirtschaftliche Friktionen minimiert werden.

Dennoch sind die ständigen Drohungen riskant. Viel Zeit ist nötig, um verletztes Vertrauen zu heilen. Gefährlicher Weise überschneiden sich manche Handelsstreitigkeiten zudem mit militärischen Sicherheitsfragen – zum Beispiel im Nahen und Mittleren Osten oder im Südchinesischen Meer. Wer multilaterale Abkommen unterhöhlt, spielt mit dem Feuer.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Debatte



Die Stimmung nicht anheizen

Die politische Krise in Venezuela eskaliert. Sowohl die Opposition als auch die Regierung rufen zu Massendemonstrationen auf. Der Politikwissenschaftler Fabio Andrés Díaz Pabón argumentiert in seinem ersten Beitrag in dieser Ausgabe, dass die Androhung einer militärischen Intervention den autokratischen Präsidenten Nicolás Maduro nicht geschwächt, sondern sogar gestärkt hat.

SEITE 11

Tribüne



Neu entfachte Krieg gegen Drogen

Der kolumbianische Präsident Iván Duque und US-Außenminister Mike Pompeo haben vereinbart, wieder Koka-Felder mit Pestiziden zu zerstören. Warum diese repressive Politik kontraproduktiv sein kann, erklärt Fabio Andrés Díaz Pabón in seinem zweiten Beitrag in dieser Ausgabe.

SEITE 13

Menschen vor Ort einbeziehen

Seit 2007 wird eine Barriere aus Bäumen quer durch Afrika angelegt, um die Ausbreitung der Sahara zu stoppen. Wüstenbildung zieht gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme und zuweilen sogar gewalttätige Konflikte nach sich. Der nigerianische Umweltschützer Nnimmo Bassey bewertet das Projekt im Interview.

SEITE 15

KIRCHE UND STAAT

Prophezeiungen und Zeugnis

25 Jahre nach dem Ende der Apartheid steht Südafrika vor großen Problemen. Trotz Übergang zur Demokratie bleibt die soziale Ungleichheit riesig. Viele Menschen sind über Korruption und illegitime politische Einflussnahme empört. Die Kirchen überprüfen ihre politische Rolle.

Von Hans Dembowski

Thabo Cecil Makgoba ist der anglikanische Erzbischof von Kapstadt. Er spricht sich für „mutige Gespräche“ (courageous conversa-

tern in Marikana, was nicht nur an Gewalttaten der Apartheid erinnerte, sondern der Öffentlichkeit auch bewusst machte, dass die Ungleichheit immer noch riesig ist und Armut weit verbreitet bleibt.

An den mutigen Gesprächen nehmen Arbeiter sowie Vertreter von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat teil. Es geht darum, alle wichtigen Parteien einzubeziehen, um in umfassender Diskussion gemeinsam Lösungen zu finden. Wechselseitiges Verständnis ist dafür unerlässlich. Makgoba hat einige der Treffen selbst geleitet. Als Mode-

Ndangwa Noyoo erwartet von den Kirchen mehr. Er leitet die Fakultät für Soziale Entwicklung an der Universität Kapstadt und warnt, auch nach der Apartheid präge die Kolonialvergangenheit den südafrikanischen Staat. Der Bergbau etwa beschäftige immer noch Wanderarbeiter. Es herrsche eine krude Form des Kapitalismus vor, dem sozialstaatliche Institutionen nach westeuropäischem Vorbild fehlten. Dass zehn Prozent der Bevölkerung 90 Prozent der Vermögen kontrollierten, sei unakzeptabel. Zudem müsse die Rolle der Großindustrie in der Korruption untersucht werden. Noyoo findet, die Kirchen müssten soziale Gerechtigkeit mit größerem Nachdruck auf die politische Agenda setzen. Da 80 Prozent der Bevölkerung Südafrikas Christen seien, hätten sie großen Einfluss.

Verglichen mit den heutigen Problemen, war der Kampf gegen die Rassentrennung einfach. Das ist die Einschätzung von Sithembele Anton Sipuka, dem katholischen Bischof von Mthatha in der Eastern Cape Province. Weil sie offensichtlich grundlegende ethische Prinzipien verletzt habe, hätten sich die Kirchen gegen die Apartheid zusammengeschlossen. Heute sei es schwerer, eine gemeinsame Position zu beziehen – nicht zuletzt, weil manche Priester spirituellen Dingen und persönlichem Seelenheil mehr Bedeutung beimäßen.

Sipuka warnt zudem, Menschen neigten dazu, sich mit staatlichen Sozialleistungen zufriedenzugeben. Die Kirchen sollten deshalb die Gläubigen darüber aufklären, dass der Staat eine wichtige Aufgabe habe. Er müsse alle Menschen zu einem eigenständigen und selbstverantwortlichen Leben befähigen.

Zugleich sagt der Bischof, die Kirchen dürften in der öffentlichen Debatte nicht von oben herab predigen, sondern müssten auch zuhören. Er gesteht ein, Kritik in Medien und Zivilgesellschaft habe dazu beigetragen, dass die Kirche sexuelle Missbrauchsskandale eingestehe. Aus seiner Sicht profitieren alle Seiten von offener Debatte, bei der schwierigen Themen nicht ausgewichen wird.

In ähnlichem Sinne sagt Nico Koopman, ein Theologieprofessor von der Universität Stellenbosch, es gehe darum, staatsbürgerliche Verantwortung zu fördern. Kirchen sollten in dem Sinne „prophetisch“ sprechen, dass sie darstellen, wie die Dinge sein sollten. Zeitgenössische Theologen



Desmond Tutu und Nelson Mandela 1995 in Kapstadt.

tions) aus. Der Präzedenzfall ist eine Serie von Diskussionsterminen unter Einschluss aller wichtigen Akteure im Bergbau, der für große soziale Spannungen bekannt ist. 2012 tötete die Polizei Dutzende von Bergarbei-

ratoren wirkten aber auch andere Geistliche, darunter ein muslimischer Imam. Aus Sicht des Erzbischofs taugt das Modell auch im Blick auf andere Konflikte wie den Streit über Landbesitz.

wollen zudem, dass sie „Zeugnis“ ablegen, womit sie meinen, dass klar formuliert werden soll, was in Staat und Gesellschaft falsch läuft.

Kritische Debatten sind eine Grundlage der Demokratie. Darin müssen sich Religionsgemeinschaften nach Meinung von Heinrich Bedford-Strohm, dem Ratspräsidenten der Evangelischen Kirche in Deutschland, engagieren. Pfarrer dürften aber nicht arrogant auftreten und müssten Verständnis für Politiker zeigen, die schwierige Entscheidungen fällen müssten. Zugleich müssten Pastoren darlegen, welche Lösungen mit religiösen Grundlagen vereinbar sind.

ÖFFENTLICHE THEOLOGIE

Bedford-Strohm ist dafür bekannt, dass er sich für die Rechte von Geflüchteten

einsetzt. Weniger bekannt ist, dass er sich wünscht, die Medien würden auch regelmäßig erläutern, dass er diese Haltung aus dem Evangelium ableitet. Harte Grenzen und die Beschränkung von Migration seien im Gegensatz zur Nächstenliebe keine christlichen Prinzipien. Bedford-Strohm spricht von „öffentlicher Theologie“ (public theology) und will, dass die Kirchen ihre Werte nachdrücklich artikulieren.

Das gilt auch auf der internationalen Ebene, wie Bedford-Strohm im Rahmen einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing im Februar ausführte. Sie hätten schließlich globale Netzwerke. Folglich habe beispielsweise die Umweltenzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus weltweit Gehör gefunden. Der evangelische Theologe bewertet sie als stimmigen, glaubensbasierten Appell zur Bewahrung der Schöpfung.

Isabel Phiri vom Weltkirchenrat, einem Dachverband protestantischer und orthodoxer Kirchen, sieht das ähnlich. Eine Stärke der großen Konfessionen sei, die Kluft von Nord und Süd zu überbrücken.

Phiri weist darauf hin, dass die Kirchen wichtige Unterstützer der UN-Ziele für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs) sind. Diese Agenda betone soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und entspreche damit dem Auftrag der Kirchen. Kritiklose Akzeptanz der UN-Vorgaben lehnt Phiri jedoch ab. Kirchliches Engagement reiche auch oft weiter als die SDGs. Phiri bedauert den religiösen Analphabetismus vieler Regierungen, der dazu führe, dass Glaubensgemeinschaften das SDG-Motto, dem zufolge niemand zurückgelassen werden dürfe, oft ernster nähmen, als das Behörden tun.

Keine Anweisungen vom Staat

Religionsfreiheit gehört in Deutschland zu den Grundrechten, die das Grundgesetz garantiert. Laut Hans-Jürgen Papier, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, geht es um mehr als nur die individuelle Freiheit, sich für ein Bekenntnis eigener Wahl zu entscheiden. Vielmehr hätten Religionsgemeinschaften das Recht, ihre Angelegenheiten selbst ohne staatliche Eingriffe zu verwalten.

Daraus folgt unter anderem, wie Papier erläutert, dass Moscheen Geld aus dem Ausland beziehen dürfen. Eine weitere Konsequenz sei, dass muslimische Frauen das Recht hätten, Kopftücher zu tragen.

Das Grundgesetz trennt Kirche und Staat, lässt aber umfangreiche Kooperation zu. Ein wichtiges Beispiel ist, dass die Finanzämter Kirchensteuer von Protestanten und Katholi-

ken eintreiben. Grundsätzlich hätten darauf auch Muslime Anspruch, sagt Papier. Das sei aber bis bislang nicht möglich, weil Moscheegemeinden keine klar definierte Mitgliedschaft hätten. Das entspricht der sunnitischen Tradition, aber nicht den administrativen Bedürfnissen des deutschen Staates.

Im Verhältnis von Kirche zu Staat gilt in Deutschland das Prinzip der Subsidiarität. So können etwa die Kirchen mit staatlicher Finanzierung Schulen und Krankenhäuser betreiben. Der Staat muss dafür sorgen, dass diese Art von Institution den Bürgern überall in der Bundesrepublik zur Verfügung steht. Er muss sie aber nicht selbst betreiben und darf unabhängige Initiativen nicht untergraben. Aus kirchlicher Sicht bedeutet das Subsidiaritätsprinzip, dass ihre Autonomie gewährleistet ist.

Auch in der Entwicklungspolitik kooperieren Kirche und Staat in Deutschland, denn christliche Hilfswerke arbeiten weltweit mit Förderung aus dem Bundeshaushalt. Die wichtigsten sind Misereor (katholisch) und Brot für die Welt (evangelisch).

Cornelia Füllkrug-Weitzel von Brot für die Welt lobt die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Brot für die Welt bekomme eine Globalbewilligung, über die es entsprechend den eigenen Kriterien frei verfüge. Hilfswerk und Ministerium sprächen sich ab, das Ministerium erteile aber keine Weisungen.

Füllkrug-Weitzel fragt sich indessen, ob die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit Partnern aus Entwicklungsländern ebenso konsequent das Subsidiaritätsprinzip einhalte. Internationale Geberinstitutionen zeigten wachsendes Interesse an der Kooperation mit

Religionsgemeinschaften, weshalb Füllkrug-Weitzel auch die Gründung von PaRD (International Partnership on Religion and Sustainable Development) begrüßt. Bei PaRD machen staatliche Institutionen, internationale Organisationen, Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftliche Initiativen mit; das Sekretariat ist bei der GIZ angesiedelt.

Füllkrug-Weitzel bewertet die Kooperation mit vielen Partnern als wertvoll. Sie warnt aber, dass die Kirchen und ihre Hilfswerke sich bemühten, „Instrumente Gottes“ zu sein. Sie sehen sich nicht als „Durchführungsorgan“ von Regierungen oder supranationalen Institutionen. Folglich ist Subsidiarität auch auf internationaler Ebene relevant. (dem)

LINK

International Partnership on Religion and Sustainable Development (PaRD): <http://www.partner-religion-development.org/>

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IN AFRIKA

Kontinent des Wachstums

Bei einer Diskussion über den deutschen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas bringen eine Diplomatin aus Botsuana und der Geschäftsführer einer Investmentfirma afrikanische Perspektiven ein.

Von Cema Tork

Die deutsche G20-Präsidentschaft habe Afrika auf die Agenda der Staatengruppe gesetzt, sagt Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – es gehöre aber auf die globale Agenda. Bei einer Podiumsdiskussion im Februar in Berlin über Wirtschaftswachstum in Afrika bat er um Unterstützung über politische Grenzen hinweg, um breite gesellschaftliche Beziehungen zwischen Europa und Afrika aufzubauen. Müller verurteilte Steuerhinterziehung und Korruption und warf die Frage auf, wie lange es noch dauern werde, bis Afrika europäische Standards erreicht. Die Aspekte, die er dafür für nötig hält, wurden von anderen Teilnehmern im Laufe der Konferenz aufgegriffen: Klimaschutzpläne, Menschenrechte, Stärkung von Frauen, Antikorruptionsbehörden und Demokratie.

Hermann Gröhe, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, nennt zudem Werte aus dem Marshallplan mit Afrika, den Müllers Ministerium initiiert hat, darunter die Abschaffung von Kinderarbeit und Zugang zu Bildung für Frauen. Der Marshallplan von 2017 enthält einen Zehn-Punkte-Plan mit Richtlinien und Zielen für europäisches Engagement bei der Entwicklung Afrikas. Gleichzeitig erkennt der Plan an, dass es keine Generallösung für den gesamten Kontinent geben kann – ein Punkt, den auch Gröhe betont. Laut dem CDU-Politiker stellt die deutsche Vorgehensweise keinen „westlichen Neokolonialismus“ dar, weil Afrikaner Investitionen, die ihrer Entwicklung dienen, selbst wollten. Dass Europäer unverhältnismäßig auf Kosten afrikanischer Arbeiter profitieren, könne durch Regulierungen für fairen Handel verhindert werden. Gröhe hebt hervor, dass Deutschland seine er-

folgreiche Wirtschaft nicht allein aufgebaut habe und dass das auch afrikanische Länder nicht erwarten könnten. Er bezeichnet Afrika als „Kontinent des Wachstums“ und ruft den Bundestag dazu auf, der Entwicklung Afrikas einen höheren Stellenwert in der deutschen Politik einzuräumen.

Ein Kleinunternehmer, der sich für Investitionen in Ghana interessiert, kritisierte

Unternehmen sei, und verteidigt den hohen Kapitalbedarf ausländischer Unternehmen, die in den afrikanischen Markt eintreten wollen. Er schütze afrikanische Firmen vor europäischer Konkurrenz.

Erick Yong, Geschäftsführer der Investmentfirma GreenTec Capital Partners, pflichtet Masire-Mwamba darin bei, dass afrikanische Märkte vor Übernahmen zum Beispiel durch China geschützt werden müssen. Seiner Ansicht nach funktionieren der amerikanische und europäische Entwicklungsansatz für Afrika nicht. Anstatt nur die finanzielle Seite zu betrachten, sollten diejenigen, die zu Afrikas Entwicklung beitragen wollen, die Perspektive afrikanischer



Kleine Unternehmen brauchen maßgeschneiderte Unterstützung: Elektronik-Geschäft in Uganda.

in der Debatte die fehlende Unterstützung der deutschen Regierung für Firmen, die Geschäfte in Afrika machen wollen. Deutsche Unternehmen müssten die Risiken unsicherer Märkte selbst tragen. Die designierte Botschafterin Botsuanas in Berlin, Mmasekgoa Masire-Mwamba, bat das Publikum, sich die Schwierigkeiten afrikanischer Kleinunternehmer vorzustellen, auf dem Markt Fuß zu fassen, wenn es schon für europäische Unternehmen mit Kapital und anderen Ressourcen im Rücken schwierig sei. Sie unterstreicht, wie wichtig die Unterstützung afrikanischer Initiativen und

scher Unternehmer einnehmen. GreenTec Capital Partners berät kleine Firmen in Afrika individuell und bietet ihnen maßgeschneiderte Lösungen an. Yongs Erfahrung nach haben fast alle Projekte Potenzial – der Erfolg hänge von den zur Verfügung stehenden Mitteln ab.

LINK

Marshallplan mit Afrika:

http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf

ANTIDEMOKRATISCHE POLITIK

Drohende faschistische Gefahr

Weltweit kommt es zum Erstarken von antidemokratischen, repressiven und zerstörerischen Kräften. Die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright warnt eindringlich vor einer neuen faschistischen Gefahr.

Von Dagmar Wolf

Es gibt keine allgemeingültige Definition für den Begriff Faschismus, schreibt die Politikwissenschaftlerin Albright in ihrem kürzlich erschienen Buch „Faschismus – eine Warnung“. Für sie ist Faschismus weniger eine politische Ideologie als vielmehr ein Mittel zur Erringung von Macht und zu deren Erhalt. Faschismus sei, wenn „eine einzige Partei, die mit einer Stimme spricht, sämtliche staatliche Institutionen kontrolliert, zudem behauptet, das ganze Volk zu repräsentieren, und diese Scheinwelt als Triumph des Volkswillens bezeichnet“. Den für dieses Phänomen heute vielfach (u. a. auch in E+Z/D+C) verwendeten Begriff „Populismus“ erachtet Albright als zu unpräzise, schließlich sei jede Bewegung partiell auch populistisch.

Albrights Familie stammt ursprünglich aus Prag. Gleich zweimal musste sie selbst als Kind vor Truppen fliehen, die sie beide als faschistisch bezeichnet: erst vor den Nationalsozialisten, dann vor dem kommunistischen Regime. Schließlich siedelte die Familie in die Vereinigten Staaten über. Dort wurde Albright Mitglied der Demokratischen Partei und war von 1997 bis 2001 Außenministerin unter Präsident Bill Clinton. Anhand ihrer eigenen Erfahrungen, die sie im Laufe ihrer politischen Karriere gesammelt hat, zeichnet sie die Gründe für die Rückkehr des Faschismus nach.

In vielen Ländern herrsche heute ein Klima, das an die Zeit von vor hundert Jahren erinnere: wachsender Nationalismus, wirtschaftliche Probleme, Angst vor technischem Umbruch und damit verbundene Massenarbeitslosigkeit, Unzufriedenheit mit der Regierung. Faschismus speise sich aus dieser allgemeinen Stimmung, die Faschisten zu nutzen wüssten. Sie reduzierten komplizierte Sachverhalte auf griffige Schlagworte und behaupten, auf komplizierte Fragen einfache

Antworten zu haben, sagt die Autorin. Dabei spalteten Faschisten die Gesellschaft, zum Beispiel indem sie behaupten, hinter vielen Problemen stecke ein einziger Feind.

Undemokratische Vorgänge häufen sich weltweit (siehe hierzu auch E+Z/D+C-Dossier „Populistische Politik“). Dabei spannt Albright den Bogen von Lateinamerika über die USA, Europa und Russland bis nach Asien. Überall verschafften sich radikale nationalistische Bewegungen über Medien Aufmerksamkeit, eroberten Parlamente und durchsetzen die politischen Diskussionen mit Vorurteilen und Hass.

Dieser Faschismus bedroht inzwischen auch die europäische Idee, meint

tens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu der Einsicht gelangt, dass Staaten dann am besten gedeihen, wenn sie gemeinsame Sicherheit, gemeinsamen Wohlstand und gemeinsame Freiheit anstreben. Partnern bei der Aufgabe zu helfen, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln, oder eine kollektive Verteidigung gegen gemeinsame Gefahren zu schaffen seien keine Wohltätigkeit, sondern im Interesse aller. Die Probleme anderer Länder unbeachtet zu lassen, würde über kurz oder lang auch zur eigenen Gefahr.

Heute stellen Faschismus und faschistische Politik eine gefährlichere Bedrohung für Freiheit, Wohlstand und Frieden weltweit dar als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg, schreibt Albright. Gefährlich am Faschismus sei, dass er schleichend kommt. Häufig würden Faschisten demokratisch gewählt. Erst einmal an der Macht, versuchten sie demokratische Kräfte und Institutionen auszuschalten, um ihre Macht zu verfestigen. Die Unterhöhlung demokratischer



Madeleine Albright im April 2018 anlässlich der Signierung ihres Buches an der Georgetown University.

die Politikerin. Probleme wie die Überbürokratisierung der Institutionen oder der Umgang mit legaler und illegaler Migration würde zur Entfremdung der Bürger von der EU beitragen – und gipfeln aktuell in den Austrittsverhandlungen Britanniens.

Natürlich darf auch ein Kapitel über Donald Trump nicht fehlen – für Albright der bei weitem undemokratischste Präsident in der Geschichte Amerikas. Er betrachte die Welt als ein Schlachtfeld, auf dem jedes Land die Absicht verfolge, alle anderen zu dominieren. Dabei sei man spätes-

Grundwerte komme schleichend, und die Versuchung sei groß, die Augen zu verschließen und darauf zu hoffen, dass das Schlimmste einfach vorübergehe. Aber ein Blick in die Geschichte zeigt, dass das falsch sein kann. Wenn wir unsere Freiheit nicht verteidigen, bestehe die Gefahr, dass wir eines Morgens wach werden und uns in einem faschistischen Staat wiederfinden.

BUCH

Madeleine Albright, 2018: Faschismus. Eine Warnung. Köln, DuMont.

FRAGILE STAATEN

Aufgabe für ein Vierteljahrhundert

Die Erfahrung in Afghanistan zeigt: Hilfe für fragile Staaten muss langfristig angelegt sein.

Von Theresa Krinninger

Die radikalislamischen Taliban liefern sich in Afghanistan weiterhin täglich Gefechte mit Sicherheitskräften der Regierung – trotz andauernder internationaler Bestrebungen, den Konflikt politisch zu lösen. Zudem ist die Armutsrate in dem Land in den vergangenen fünf Jahren von 39 auf 54 Prozent gestiegen, obwohl die Geberländer Milliarden ausgegeben haben. Welche Lehren sich aus fast zwei Jahrzehnten Krisenarbeit in Afghanistan für andere fragile Staaten ziehen lassen, war Thema einer Veranstaltung der KfW Entwicklungsbank im Januar in Berlin.

Gewalt, Korruption und Armut weit verbreitet. Fragilität ist ein dauerhaftes und wachsendes Phänomen.

Laut Aga Khan, dem Leiter von 20 Millionen Ismailiten und Gründer des Aga Khan Development Networks (AKDN), einer der größten privaten Entwicklungsorganisationen (siehe hierzu auch Beitrag von Alphonse Shiundu in E+Z/D+C e-Paper 2017/12, Schwerpunkt), sind drei Grundsätze für erfolgreiche Arbeit in fragilen Regionen entscheidend:

- Setze auf lokaler Ebene an,
- sprich mit allen Beteiligten,
- investiere in private und zivilgesellschaftliche Organisationen.

„In fragilen Situationen können Geber am besten auf lokaler Ebene Vertrauen und Glaubwürdigkeit gewinnen“, sagte

Interessen und Lebensstile friedlich nebeneinander existieren. „In fragilen Kontexten müssen deshalb alle Betroffenen konsultiert werden, jedes Gemeindemitglied soll profitieren“, betont er. Schließlich setzt er besonders auf zivilgesellschaftliche Organisationen. „Sie sorgen dort für Kontinuität und Stabilität, wo die Politik und die Sicherheitslage unbeständig sind.“ Deutschland solle auf diese drei Grundsätze zurückgreifen, wenn es um sein künftiges Engagement in Afghanistan und anderen Weltregionen gehe. „Die Welt braucht Deutschlands prinzipientreue und pragmatische Führungsrolle jetzt mehr denn je.“

Deutschlands Rolle bewertet Jürgen Trittin besonders mit Blick auf den Jemen kritisch. Der Grünen-Außenpolitiker und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss warnt: „Die Bundesregierung darf die Krisensituation dort nicht verstärken, indem sie Waffen an die Kriegsparteien liefert.“ Saudi-Arabien ist ein wichtiger Käufer deutscher Rüstungsgüter und kriegführende Partei im Jemen. Im dritten Quartal 2018 genehmigte die Bundesregierung Exporte in Höhe von rund 254 Millionen Euro in das Land. Seit 2015 tobt im Jemen ein Mehrfrontenkrieg. Eine politische Lösung ist nicht in Sicht. Die UN sprechen von der größten humanitären Katastrophe der Welt.

Zugleich geht der Krieg am Hindukusch schon in sein 18. Jahr. So lange engagiert sich auch Deutschland zusammen mit seinen Bündnispartnern in Afghanistan. Dennoch haben die Taliban große Teile des Landes wieder unter ihre Kontrolle gebracht. Trotz der Schwierigkeiten liegt für Trittin der Schlüssel zur Stabilisierung im langfristigen Engagement. „Dazu gehört die Bereitschaft, sich für ein Vierteljahrhundert in der Region zu engagieren und auch der Mut, die Einsätze durchzufinanzieren“, sagt er. Den möglichen Teilrückzug der USA aus Afghanistan, den Präsident Donald Trump im Dezember angekündigt hat, hält er für sehr problematisch.

Bei einem Abzug der US-Truppen will Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auch den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan beenden. Die Sicherheitslage würde sich vermutlich verschlechtern, was zur Folge hätte, dass auch Hilfsorganisationen Mitarbeiter abziehen und das Wichtigste verlieren: ein vertrauensvolles Netzwerk, das die Arbeit von Organisationen wie des AKDN überhaupt erst möglich macht.



Ausbildungslager für afghanische Polizeikräfte im Verantwortungsbereich der Bundeswehr.

Nach OECD-Angaben leben derzeit rund 1,8 Milliarden Menschen in 58 fragilen Staaten und Regionen, die meisten in Subsahara-Afrika, im arabischen Raum und Zentralasien (siehe hierzu Beitrag von Katja Dombrowski in E+Z/D+C e-Paper 2018/11, Monitor). Ihre Regierungen sind nicht in der Lage oder nicht willens, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und eine soziale Grundversorgung zu garantieren. Staatliche Institutionen sind schwach, politische Willkür,

Aga Khan auf der KfW-Veranstaltung. Das AKDN ist ein wichtiger Kooperationspartner des Auswärtigen Amts und der KfW Entwicklungsbank in Afghanistan. Seit 2010 haben sie gemeinsam in Nordafghanistan Infrastrukturprojekte wie Schulen, Straßen, Brücken und Regierungsgebäude mit rund 100 Millionen Euro finanziert.

Aga Khans zweiter Grundsatz ist seine Verpflichtung zum Pluralismus. Eine Gesellschaft müsse erlauben, dass verschiedene

Soldaten entführen Bürger

Im Januar verkündete Simbabwe Präsident Emmerson Mnangagwa einen Anstieg der Spritpreise um 150 Prozent. Gewalttätige Proteste waren die Folge. Das Militär schlug sie nieder. Seitdem haben bewaffnete Gruppen und Sicherheitskräfte eine unbekannte Zahl von Menschen verschleppt.

In der Nacht zum 17. Januar, in einer breit angelegten Aktion gegen Zivilisten nach Demonstrationen gegen die Treibstoffpreis-Explosion, nahmen Soldaten Andrew Muyendamberi mit. Später kamen sie noch einmal zurück und entführten auch seine Frau. Die drei Kinder flohen in Angst. Mehr als einen Monat später sagt Muyendamberis 29-jähriger Sohn Agrippa, seine Eltern würden immer noch im Harare-Remand-Gefängnis festgehalten. Soldaten hätten sie geschlagen und ihnen vorgeworfen, „gewalttätige Proteste gegen die Regierung angestachelt“ zu haben. Tatsächlich habe sich sein Vater jedoch lediglich verbal gegen die Krise im Land gewehrt. Die Inflation in Simbabwe liegt bei 40 Prozent, sodass viele Menschen noch nicht einmal mehr Essen kaufen können.

Muyendamberis Fall ist kein Einzelfall. Richmore Gura berichtet, dass Sol-

daten auf der Suche nach seinem Bruder Dan, einem bekannten politischen Aktivisten, in sein Haus gekommen seien. „Dan war nicht zu Hause, also nahmen sie meine Schwester mit. Wir fanden sie drei Tage später – vergewaltigt, gefoltert und nackt am Straßenrand ausgesetzt.“ Cephaz Mashayamombe, der Bruder von Shadreck Mashayamombe von der Oppositionspartei MDC, wurde von Bewaffneten in einem nicht registrierten Fahrzeug entführt. Später wurde er nackt in einer Grube aufgefunden. Er sitzt jetzt im Rollstuhl. Sein Bruder ist weiterhin auf der Flucht.

Laut dem Menschenrechtsanwalt Doug Coltart ist unklar, wer genau für die Entführungen verantwortlich ist. Das unabhängige Online-Nachrichtenmagazin The Zimbabwean fand heraus, dass Kidnapping kein neues Phänomen ist, sondern „in Simbabwe häufig zur Einschüchterung, Kontrolle und Bestrafung eingesetzt wird, vor allem in politisch instabilen Zeiten“. Zwischen 2000 und 2016 seien 5 894 Entführungen dokumentiert worden. „Die meisten Opfer werden schwer gefoltert“, heißt es in dem Bericht.

Die Menschen leben in ständiger Angst. „Vermummte Männer gehen nachts von Tür zu Tür“, berichtet der 30-jährige Mendisi Chuma, „und am nächsten Morgen sind weitere Menschen verschwunden.“ Allein im Januar wurden 700 Menschen festgenommen. Ausländische Diplomaten in Simbabwe sind alarmiert. Die US-Botschaft rief die Regierung laut einer Twitter-Mitteilung dazu auf, „die Menschenrechte zu respektieren, die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen und umgehend jegliche Gewalt durch Regierungskräfte zu beenden“.

LINK

The Zimbabwean: Abductions in Zimbabwe 2000 to 2016.

<http://www.thezimbabwean.co/wp-content/uploads/2016/03/Abductions-in-Zimbabwe-2000-2016.pdf>



JEFFREY MOYO
ist Journalist und lebt in Harare, Simbabwe.

moyojeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
60. Jg. 2019

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowsky (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar,
Dagmar Wolf (Assistentin)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@fazit-communication.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Call for Papers

PEGNet Conference 2019

Promoting social, economic and socio-political development through social protection

9-10 SEPTEMBER, 2019 IN BONN, GERMANY

Social protection is a key instrument for fostering social, economic and political development. It is well established that it is not only essential for the reduction of vulnerability, income poverty and income inequality but also for the promotion of human development as it facilitates access to education, health care, nutrition, housing and reduces gender disparities. In recent years, there has been a growing consensus that social protection is also an important requirement for fostering economic growth, social cohesion and political stability. Moreover, social protection can be a useful instrument for climate change adaptation.

The PEGNet Conference 2019 will provide a platform for leading development scholars, practitioners and policy-makers to reflect on relevant topics in the field of development economics. For more information on the PEGNet conference, please refer to www.pegnet.ifw-kiel.de.

Deadline for abstract submissions

The submission deadline for abstracts is 15th April 2019. Notification of acceptance will be sent out in June 2019. The deadline for full paper submission is 1st August 2019.

Read the full Call for Papers at www.dandc.eu/node/3868

LINKSPOPULISMUS

Die Währung der venezolanischen Politik

Ende Februar eskalierte die politische Krise in Venezuela. Sowohl Regierung als auch Opposition nutzten Massenkundgebungen, um ihre Stärke zu zeigen. Die internationale Gemeinschaft sollte die Stimmung nicht anheizen.

Von Fabio Andrés Díaz Pabón

Die Demonstrationen in Venezuela sind eine Reaktion auf die schweren Probleme im Land. Die Regierung von Präsident Nicolás Maduro betrieb Missmanagement in der Wirtschaft und schränkte die politischen Rechte ein. Die Bevölkerung leidet unter Nahrungsmangel, Arbeitslosigkeit, Hyperinflation und prekärer Gesundheitsversorgung.

Die Vielzahl der Protestmärsche seit Januar ist nicht neu. Maduros Lager benutzt sie auch. Hugo Chávez, Maduros Vorgänger, war ein Linkspopulist, dessen Versprechen von sozialer Gerechtigkeit die Massen der Menschen ansprach. Chavisten haben schon immer Kundgebungen genutzt, um ihre Macht zu festigen.

Der Hauptunterschied zwischen früheren und den aktuellen Oppositionsprotesten besteht darin, dass Märsche gegen Maduro heute in ehemaligen Chavisten-Hochburgen stattfinden und sogar ehemalige Chavisten mitmachen. Massenkundgebungen stellen die Macht und Legitimität der Regierung in Frage, die behauptet, „das Volk“ zu vertreten. Andererseits stärken Pro-Regierungs-Demonstrationen Maduro. Die Massendemos sind heute die Währung der venezolanischen Politik.

Beobachter haben in diesem Jahr mehr als 2500 Oppositionsmärsche gezählt. Es ist kein Zufall, dass Juan Guaidó, der Oppositionsführer und Präsident der Nationalversammlung, sich während eines Marsches zum Interimspräsident erklärt hat. Er hat den Ruf eines moderaten Politikers, der nicht eng mit der Oligarchie verbunden ist. Er spricht ein breites Spektrum unzufriedener Bürger an.

Als Reaktion auf Guaidó mobilisieren auch die Chavisten ihre Anhänger. Sie wollen, dass die nationale und internationale Öffentlichkeit sieht, dass die Opposition nicht die gesamte Bevölkerung Venezuelas repräsentiert. Gleichzeitig werden militärische Übungen ausgetragen, um zu beweisen, dass Maduro immer noch die Unterstützung der Streitkräfte genießt.



Oppositionsführer Juan Guaidó bei einer Kundgebung Anfang Februar in Caracas.

In anderen Ländern finden Pro- und Anti-Maduro-Kundgebungen statt, die sich auch auf Venezuela auswirken. Mehrere ausländische Regierungen, auch aus der EU, haben eine Anti-Maduro-Haltung eingenommen und fordern einen Regimewechsel. Aus mehreren Gründen ist dieser Ansatz gefährlich:

- Die Drohungen der US-Regierung, militärisch zu intervenieren, waren wahrscheinlich dazu gedacht, Maduro einzu-

schüchtern. Tatsächlich haben sie ihn gestärkt. Die Venezolaner schätzen ihre Souveränität, und fast die gesamte militärische Führung steht hinter Maduro.

- Venezuela verfügt über die größten Ölreserven der Welt. Die Angst vor eskalieren der politischer Gewalt treibt den Ölpreis in die Höhe, sodass die Einnahmen der Regierung Maduros steigen. Je höher der Ölpreis steigt, desto besser sind seine Chancen, an der Macht zu bleiben.

- Die internationale Polarisierung treibt die Regierung Maduros in die Arme Chinas, Russlands und anderer Mächte, die ihren globalen Einfluss verstärken wollen.

- US-Präsident Donald Trump und der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro sind keine überzeugenden Verfechter der Demokratie in Venezuela, weil sie selbst undemokratisch handeln. Hinzu kommt, dass Elliott Abrams, der Sonderbeauftragte der USA für die Krise in Venezuela, in den 80er-Jahren während der Bürgerkriege in El Salvador, Nicaragua und Guatemala rechtsgerichtete Contra-Rebellen unterstützt hat.

Die Androhung einer militärischen Intervention ist destruktiv. Die gewaltsame Absetzung eines Regimes in ressourcenreichen Ländern hat regelmäßig zu Bürgerkriegen und dem Zusammenbruch staatlicher Institutionen geführt. Es gibt keinen Grund, zu glauben, dass das in Venezuela anders laufen würde.

Guaidó ist sich dieser Risiken bewusst. Die Opposition will einen politischen Übergang, keinen Bürgerkrieg. Deshalb bot Guaidó führenden Chavisten – einschließlich Maduro – sowie Polizei- und Militärangehörigen Amnestie an. In dieser schwierigen Situation dürfen ausländische Regierungen die Stimmung nicht anheizen. Die Herausforderung besteht darin, legitime Forderungen nach einer demokratischen Regierungsführung zu unterstützen, ohne den Chavisten in die Hände zu spielen. Mexiko und Uruguay gehen mit gutem Beispiel voran, indem sie auf Verhandlungen zwischen der Opposition und der Regierung Venezuelas bestehen.



FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter an der Rhodes
University in Südafrika und
Forscher am International

Institute of Social Studies in Den Haag.
diazpabon@iss.nl

REGIERUNGSFÜHRUNG

Burundi verlegt seine Hauptstadt

Burundi hat seit Anfang dieses Jahres offiziell eine neue Hauptstadt: Gitega. Bujumbura bleibt die wirtschaftliche Hauptstadt. Nach Ansicht von Kritikern ist die Kleinstadt Gitega nicht als Hauptstadt geeignet. Sie sehen in der Verlegung vor allem einen politischen Schachzug von Präsident Pierre Nkurunziza.

Von Mireille Kanyange

Innenminister Pascal Barandagiye hat mehrere Gründe für den Umzug der Hauptstadt angeführt. Zum einen entspreche er dem Willen des Volkes, und der Präsident habe ihn schon lange angekündigt. Zum anderen gehe es darum, die Regierungsbehörden näher an die Menschen zu bringen: Gitega liegt im Zentrum des Landes, Bujumbura hingegen ganz im Westen am Tanganjikasee. Aus dieser geografischen Lage heraus könne Bujumbura nicht mehr alle wichtigen Aufgaben erfüllen, zum Beispiel die Sicherheit, da die Armee nahe am See stationiert sei. Und schließlich gehe es um eine Dekonzentration Bujumburas. Barandagiye verwies auch darauf, dass die Verfassung eine Verlegung der Hauptstadt „an jeden anderen Ort in der Republik“ per Gesetz zulasse und auch eine Trennung von politischer und wirtschaftlicher Hauptstadt.

In der Nationalversammlung, die der Gesetzesvorlage zustimmen musste, äußerten zahlreiche Abgeordnete die Bedenken, dass Gitega, eine Kleinstadt mit rund 30 000 Einwohnern, als Hauptstadt nicht geeignet sei. Sie war bereits früher bis zur Unabhängigkeit Burundis im Jahr 1962 die Hauptstadt und traditionell der Sitz der Könige. Die Kritiker führten unter anderem fehlende Infrastruktur und Wassermangel an, verwiesen auf die Folgen für den desolaten Staatshaushalt und für die Familien, die durch die rund 100 Kilometer Entfernung zwischen Bujumbura und Gitega getrennt würden. Einige warfen auch die Frage auf, warum ein solches Vorhaben vor den 2020 anstehenden Wahlen nötig sei. Trotzdem stimmten die Volksvertreter – auch der Opposition – mit großer Mehrheit dafür: Es gab nur eine Neinstimme.

Der Senat ist bereits umgezogen, die Verlegung von fünf Ministerien, mehrerer Regierungskommissionen und des Verfassungsgerichts ist beschlossen. Insgesamt sind für den Umzug drei Jahre angesetzt. Pascal Nyabenda, der Vorsitzende der Nationalversammlung, warnte vor Eile und teilte mit, dass das Unterhaus einen Ausschuss eingesetzt habe, um die Machbarkeit des Umzugs zu prüfen. Auf dieser Grundlage werde man entscheiden.

Um das Problem fehlender Büros, Straßen, Restaurants, Hotels und anderer Infrastruktur anzugehen, wurden eine



öffentlichen Veranstaltungen in Bujumbura gezeigt, wohingegen er am 5. Februar dieses Jahres an den Feierlichkeiten zum Tag der Einheit in der Provinz Gitega teilnahm. Dort hatte er auch den Wahlkampf für das umstrittene Verfassungsreferendum im Juni 2018 gestartet (siehe auch meinen Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2018/07, Debatte), die



Präsident Pierre Nkurunziza hat Gitega schon lange der bisherigen Hauptstadt Bujumbura vorgezogen. Hier unterschreibt er in Gitega im Juni 2018 die neue Verfassung.

Kommission gebildet und ein Masterplan erstellt. Die Afrikanische Entwicklungsbank hat beim Besuch einer Delegation in Burundi im Februar finanzielle Unterstützung für das Projekt in Aussicht gestellt.

Kritiker sehen die wahren Motive für den Umzug darin, dass es Nkurunziza in Bujumbura, das als Oppositionshochburg gilt, an Unterstützung fehlt und er sich dort nicht sicher fühlt. Der Präsident hatte schon vor Jahren angekündigt, die Hauptstadt zu verlegen. Seit dem Putschversuch im Mai 2015 hatte er sich nicht mehr bei größeren

Verfassung schließlich unterzeichnet und öffentlich erklärt, dass er bei den Wahlen 2020 nicht wieder kandidieren werde. Manche Oppositionelle werten die Verlegung der Hauptstadt an den ehemaligen Königssitz sogar als symbolischen Schritt zur Rückkehr zur Monarchie.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und Reporterin bei Radio Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com



Wenn Kolumbien und die USA Kokaplantagen wieder mithilfe von Chemikalien zerstören, stärkt das die organisierte Kriminalität statt sie zu schwächen: US-Außenminister Mike Pompeo (links) besuchte Präsident Iván Duque im Januar.

GEWALTSAMER KONFLIKT

Neu entfachter Krieg gegen Drogen

Anfang 2019 trafen sich der kolumbianische Präsident Iván Duque und US-Außenminister Mike Pompeo in Cartagena. Sie sprachen über die Problematik des Koka-Anbaus und der Kokain-Produktion in Kolumbien sowie deren Auswirkungen auf die USA. Die politischen Entscheidungsträger vereinbarten, den Kampf gegen Drogen wiederaufzunehmen und Koka-Felder durch Pestizide zu zerstören.

Von Fabio Andrés Díaz Pabón

Die Drogenkrise in den USA hat sich zugespitzt. Laut New York Times sind dort im vergangenen Jahr 70 000 Menschen an einer Überdosis gestorben. Zum Vergleich: Durch den Vietnamkrieg starben 58 000 Amerikaner. Nach Angaben des Nationalen Instituts für Drogenmissbrauch – einer Regierungsbehörde – haben 17 Prozent der über 26-Jährigen in den USA eigenen Angaben zufolge schon einmal Kokain konsumiert. Die Zahl der Todesfälle durch Überdosierungen von Kokain hat sich zwi-

schen 2010 und 2017 um das 3,5-Fache erhöht.

Im Wahlkampf für das Präsidentenamt hatte Duque erklärt, der Koka-Anbau habe zugenommen, weil die vorige Regierung es zugelassen habe. Sein Vorgänger Juan Manuel Santos hatte das Besprühen illegaler Pflanzen mit Pestiziden gestoppt. Die Chemikalien hatten sich als krebserregend herausgestellt. Außerdem war seine Entscheidung wichtig für die Friedensverhandlungen der Regierung mit der FARC-EP-Miliz.

Durch repressive Maßnahmen gegen Koka-Bauern war der Bürgerkrieg in Kolumbien eskaliert – Drogenhandel und Konflikt sind eng verknüpft. Wo sich bewaffnete Gruppen niedergelassen haben, werden illegale Pflanzen angebaut und Betäubungsmittel hergestellt. Der Staat war dort weder in der Lage, Entwicklung zu fördern noch sich als legitime Kraft durchzusetzen.

Daher waren die Themen illegale Kulturpflanzen, Drogenhandel und ländliche Entwicklung bei den Friedensgesprächen

zentral. Man traf Vereinbarungen, um in den Koka-Anbaubereichen Entwicklung zu fördern. Zu den relevanten Maßnahmen gehörten Ersatz von Koka-Pflanzen, Formalisierung von Landbesitz sowie Infrastrukturprogramme, um den Staat näher zu den marginalisierten Bürgern zu rücken. Die Santos-Regierung hat freiwillige Koka-Ersatzprogramme aufgelegt, von denen jedoch viele ins Schlingern geraten sind. Wissenschaftler der zivilgesellschaftlichen Organisation Fundación Ideas Para La Paz (Stiftung Ideen für den Frieden) betonen, Gründe dafür seien der Regierungswechsel und bürokratische Hürden, die durch den klientelistischen Charakter des Staates erhöht wurden.

UNGEWOLLTE NEBENWIRKUNGEN

Bisher ist es nicht gelungen, illegale Pflanzen mit repressiven Maßnahmen auszurotten. Hinter dem Versprühen von Chemikalien oder der manuellen Zerstörung von Feldern steht eine einfache Idee: Kann weniger Koka geerntet werden, fehlen den Kokainproduzenten Rohstoffe, die sie zur Verarbeitung brauchen. Theoretisch wird Kokain somit teurer – weshalb die Nachfrage sinkt und weniger angebaut wird. Allerdings hinkt diese Argumentation, weil sie wichtige Aspekte ausblendet:

- Nicht die Produktion bedingt die Nachfrage, sondern umgekehrt. Der Drogenkonsum in den USA – dem weltweit



wichtigsten Kokainmarkt – nimmt weiter zu, und folglich steigen die Preise. Daher wird mehr Koka angebaut und produziert.

- Drogenproduzenten können mit weniger Kokablättern inzwischen mehr Kokain herstellen. Zugleich ist Kolumbien ein riesiges Land, wo sich in abgelegenen Regionen viel Fläche für den Koka-Anbau anbietet.
- Weniger Angebot führt nicht dazu, dass Kokain unbezahlbar wird. Konsumenten – insbesondere Abhängige – sind bereit, jeden Preis zu zahlen.
- Steigt der Kokainpreis, so erhöht sich als ungewollter Nebeneffekt die Gewinnspanne beim illegalen Drogenhandel. Kriminelle haben somit die Mittel, bewaffnete Gruppen zu bezahlen und Koka-Bauern mehr Anreize zu bieten.

Kolumbien versucht seit den 1970er Jahren erfolglos, den Anbau illegaler Kulturpflanzen (Koka, Marihuana und Schlafmohn) zu unterbinden. Dutzende Milliarden Dollar wurden für Chemikalien ausgegeben, aber einige Ernten überlebten immer. Leider überlebte auch der Glaube daran, dass es möglich ist, die Kulturen auszurotten.

Zwei Faktoren heizen Kolumbiens illegale Drogenwirtschaft an: die wachsende Nachfrage in den USA und die große Armut besonders in den abgelegenen Gebieten Kolumbiens. Wenn man diese Probleme ignoriert, wird jede repressive Politik scheitern.

Aus einer nationalen Datenerhebung zur Landwirtschaft (Censo Nacional Agropecuario) 2015 ging hervor, dass 20 Prozent der Kinder zwischen fünf und 16 Jahren in ländlichen Gebieten nicht zur Schule gingen. Mehr als 70 Prozent der 17- bis 24-Jährigen hatten keinen Zugang zu formaler Bildung. Die Armutsquote in ländlichen

Gebieten wurde auf mindestens 44 Prozent geschätzt. Diese Daten spiegeln die sozialen Bedingungen, die an den Orten vorherrschen, an denen Koka angebaut wird. Den betroffenen Gemeinden fehlen schlicht Alternativen, um an Geld zu kommen. Die illegale Drogenindustrie macht sich ihre Chancenlosigkeit zunutze.

Über die Jahrzehnte führte die repressive Politik zu einer Entfremdung der armen Bauern vom kolumbianischen Staat. Die illegalen Drogeneinnahmen wurden nicht weniger, stattdessen festigte sich das Geschäft, und bewaffnete Gruppen konnten engagiert werden. Für die betroffenen lokalen Gemeinschaften entwickelte sich der Staat zum Feind. Bewaffnete Gruppen wurden zu Verteidigern und der Staat zum Aggressor.

Würden sich Duque und Trump ernsthaft mit der Produktion von Drogen und Koka-Kulturen beschäftigen, würden sie keine Pestizide sprühen: Diese Strategie funktioniert nicht. Vielversprechender wäre es, eine positive staatliche Präsenz in den betroffenen Gegenden zu etablieren und die Vorherrschaft bewaffneter Milizen zu kippen. Der Staat sollte nicht nur für Sicherheit sorgen, sondern auch Infrastruktur aufbauen und gewährleisten, dass die Menschen die benötigten öffentlichen Dienstleistungen erhalten – von der Stromversorgung bis zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Bislang ist der Staat jedoch grundsätzlich abwesend. Und da er sich nie für arme Bauern eingesetzt hat, ist es naheliegend, dass sie sich denen anschließen, die vor Ort präsent sind.

GESUNDHEITS- UND FINANZFRAGEN

Wenn die Nachfrage in den USA zurückginge, würde das den Drogenhandel schwächen. Doch die repressive Drogenpolitik hat dieses Ziel verfehlt. Die Behörden behandeln Drogen seit Jahrzehnten als Verbrechen. Aber trotz strenger Strafverfolgung und massenhafter Inhaftierungen sank die Nachfrage nicht.

Die USA wären gut beraten, Drogenmissbrauch und -sucht als gesundheitliche Probleme zu betrachten (siehe Interview mit Steve Rolles im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2018/12). Wenn sie das täten und kulturelle Normen im Zusammenhang mit Drogenkonsum berücksichtigten, könnten sie Erfolg haben.

Es wäre zudem wichtig, die Finanzen unter die Lupe zu nehmen. Der Fluss der enormen Summen, die der Drogenhandel einbringt, muss eingeschränkt werden. Es ist unwahrscheinlich, dass dieses Geld komplett an Finanzinstituten vorbeifließt – und befremdlich, dass Politiker, die angeblich gegen Drogen vorgehen, kaum je Probleme ansprechen, die den Gesundheits- oder Finanzsektor betreffen.

Ein erneuter Einsatz von Pestiziden wird finanzielle Anreize für bewaffnete Gruppen und Dealer schaffen und so den gewalttätigen Konflikt in Kolumbien neu entfachen. Großes Leid wird die Folge sein. Die politischen Führer, die angeblich Drogen bekämpfen, tragen in Wirklichkeit zu Sucht und Gewaltkriminalität bei. Duque ist bei Friedensgegnern beliebt, Trump mit seinen juristischen Problemen spricht von Recht und Ordnung. Perverserweise stärkt es Führer von diesem Schlag, wenn sie Probleme verschlimmern, statt sie zu lösen. Ihre Beziehung zur organisierten Kriminalität ist symbiotisch – ob bewusst oder nicht.



FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter an der Rhodes
University in Südafrika und
Forscher am International

Institute of Social Studies in Den Haag. Sein Buch „Truth, Justice and Reconciliation in Colombia“ erschien 2018 bei Routledge.
diazpabon@iss.nl

KORREKTUR, E+Z/D+C E-PAPER 2019/01, TRIBÜNE, S. 13

In unserem Interview mit KfW-Vorstandsmitglied Joachim Nagel war eine Frage zu salopp formuliert. Sie hätte lauten müssen: „Das Inter-governmental Panel on Climate Change warnt, dass wir die Weltwirtschaft bis 2050 dekarbonisieren müssen, und das bedeutet Halbierung der Emissionen in den nächsten zwölf Jahren...“. Stattdessen hieß es: „Wir haben aber nur noch zwölf Jahre für die Dekarbonisierung...“. Wir entschuldigen uns für die Ungenauigkeit. Nagels Antwort bezog sich auf den Handlungsbedarf und bleibt korrekt.

WÜSTENBILDUNG

Menschen vor Ort einbeziehen

Wüstenbildung ist ein großes Problem in vielen Gegenden Afrikas. Sie zieht gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme und zuweilen sogar gewalttätige Konflikte nach sich. Seit 2007 wird eine Barriere aus Bäumen quer durch Afrika angelegt, um die Ausbreitung der Sahara zu stoppen. Der nigerianische Umweltschützer Nnimmo Bassey bewertet das Projekt.

Nnimmo Bassey im Interview mit Katja Dombrowski

Ein 8000 Kilometer langes Band aus Bäumen wird vom Senegal bis Dschibuti gepflanzt: die sogenannte Große Grüne Mauer. Bislang sollen 15 Prozent fertiggestellt sein. Kann dieses Projekt die Sahara aufhalten? Die Idee einer solchen 8000 Kilometer langen und 15 Kilometer breiten Barriere ist gut (siehe Kasten nächste Seite). Das Projekt wird viele Auswirkungen haben, und das Ziel, damit die Wüste zu stoppen, ist auf jeden Fall interessant. Allerdings marschiert die Wüste nicht voran wie Menschen. Die Bäume können sie nur aufhalten, wenn man sich gut um sie kümmert und sie ein integraler Bestandteil eines komplexen Ökosystems werden, das die wirtschaftlichen und gesellschaftlich-

kulturellen Aktivitäten der Gemeinschaften in der Region unterstützt. Das würde das Engagement der Menschen vor Ort garantieren. In Nigeria zum Beispiel fehlt das bislang. Die Regierung organisiert seit Jahren Baumpflanzaktionen, aber die Menschen sind in den Prozess nicht eingebunden und sehen nicht ein, weshalb sie diese Bäume pflegen sollten. Sie sehen es als Regierungsprojekt an, nicht als ihr eigenes. Ein weiteres Problem besteht darin, dass mancherorts keine einheimischen Bäume gepflanzt werden. Sie überleben dann nicht oder haben für die Menschen einfach keine Relevanz.

Hat das Große-Grüne-Mauer-Projekt den Anstoß für die Baumpflanzaktionen in Nigeria gegeben?

Nein, die gab es schon vorher. Aber das Projekt hat für mehr koordinierte Anstrengungen gesorgt, die Vegetation in der Region wiederherzustellen.

Weshalb und auf welche Weise findet Wüstenbildung überhaupt statt?

Nun, Wüstenbildung oder Desertifikation bedeutet, dass Gegenden sich in Wüsten verwandeln. Das kann überall passieren. Hier in Nigeria gibt es zwei Ursachen dafür:

Klimawandel und schlechtes Umweltmanagement, zum dem auch der Umgang mit Bewässerungssystemen gehört. Der Klimawandel führt zu Wassermangel und Dürre. Die wichtigsten menschengemachten Faktoren sind Wanderhirtentum und Überweidung.

Welche Folgen hat die Wüstenbildung?

Sie vertreibt die Menschen und führt damit zu Binnenmigration. Die Hauptursache ist Wassermangel – fruchtbares Land geht verloren, und Landwirtschaft ist kaum noch möglich. Ich würde die Betroffenen als Klimaflüchtlinge bezeichnen. Der Tschadsee im Nordosten Nigerias ist ein gutes Beispiel: Er ist auf weniger als fünf Prozent seiner ursprünglichen Größe geschrumpft. Tausende von Bauern, Fischern und Wanderhirten sind aus der Gegend geflüchtet. Andere haben ihre Häuser und ihr Einkommen verloren. Die Vertreibung trägt zu den gewalttätigen Konflikten in der Gegend und in Nigerias Middle-Belt-Region bei (siehe Beitrag von Lea Diehl in E+Z/C+e-Paper 2018/09, Monitor.)

Was kann man machen, um diese Entwicklung zu stoppen?

Das Entscheidende ist, dass Menschen Wasser brauchen, Wassereinzugsgebiete müssen also geschützt werden. Auch Baumpflanzungen sind wichtig. Manche einheimische Sorten können Wasser im Boden speichern. Diese müssen für die Große Grüne Mauer verwendet werden. Damit das Projekt ein Erfolg wird, muss auf lokales Wissen und Vorgehen zurückgegriffen werden, und die Menschen vor Ort müssen in Planung und Durchführung eingebunden sein.

Können Sie Beispiele solcher lokaler Vorgehen geben?

Natürlich. Im vergangenen Jahr sind zwei der Preisträger des Right Livelihood Award dafür ausgezeichnet worden, dass sie vertrocknetes Land wiederhergestellt haben. Der eine ist Yacouba Sawadogo, ein Bauer aus Burkina Faso. Er benutzte eine lokale Methode namens „Zia“, bei der Steinbarrieren und Kompost zum Einsatz kommen, um verschiedene Baumsorten zu kultivieren und die Vegetation insgesamt zu regenerieren. Diese Bäume begrünen nun eine Gegend in Burkina Faso, die ansonsten semiarid wäre. Der andere ist Tony Rinaudo, ein australischer Agrarökonom und Pionier der Farmer Managed Natural Regeneration. Er erweckt Wurzeln zum Leben – das ist bei-



Baumpflanzungen in großem Stil gegen die Wüstenbildung.

nahe Magie. Er arbeitet mit lokalen Bauern zusammen, um die Wurzeln zu beschneiden und daraus Bäume zu ziehen. Beide Methoden sind sehr nachhaltig und benötigen kaum externen Input. Sie sollten andernorts kopiert werden.

Die Wüstenbildung zu stoppen ist nicht das einzige Ziel der Großen Grünen Mauer. Was ist sonst noch wichtig?

Ich denke, das andere große Ziel besteht darin, unterschiedliche wirtschaftliche Aktivitäten in der Region zu fördern. Die Große Grüne Mauer muss sie hervorbringen. Sie soll die Landwirtschaft beflügeln und Men-

schen dazu bringen, besser mit dem Boden umzugehen. Wir müssen die kleinbäuerliche Landwirtschaft wiederherstellen. Große Monokulturen sind keine Lösung: Sie zerstören die Umwelt, weil sie sehr viel Wasser und Chemie benötigen. Es ist wichtig, dass die Große Grüne Mauer keine Große Grüne Plantage wird. Wenn wir die kleinbäuerlichen Betriebe nicht erhalten und unterstützen, werden die Lebensgrundlagen der Menschen weiter schwinden. Sie sehen dann keinen Sinn darin, sich an Umweltschutzaktivitäten zu beteiligen. Letztlich kommt es darauf an, wie das Projekt umgesetzt wird. Eine Große Grüne Mauer als Mo-

nokultur exotischer oder gar genetisch veränderter Bäume wäre wertlos. Aber wenn man es richtig macht, kann die Mauer sehr nützlich sein. Sie wirkt sich dann direkt auf Wirtschaft und Klima aus, und sehr viele Menschen profitieren. Es gibt Anlass sowohl zur Hoffnung als auch zur Vorsicht.



NNIMMO BASSEY

leitet die Health of Mother Earth Foundation (HOMEF), einen unabhängigen nigerianischen Thinktank.

nnimmo@homef.org

<http://www.homef.org/>

Afrikas Grüne Mauer

Die Initiative Große Grüne Mauer (Great Green Wall Initiative) zielt darauf ab, geschädigte Landschaften in Afrika wiederherzustellen und damit das Leben von Millionen Menschen in der Sahelzone zu verbessern. Das Projekt startete 2007 und ist mittlerweile zu rund 15 Prozent fertiggestellt. Bis 2030 sollen 100 Millionen Hektar degradiertes Land wiederhergestellt, 250 Millionen Tonnen Kohlenstoff gebunden und mindestens 350 000 Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten geschaffen werden. Nach ihrer Fertigstellung wird die Mauer der größte zusammenhängende Grünstreifen der Welt sein – 8000 Kilometer lang über die gesamte Breite des Kontinents.

Mehr als 20 Länder der Region sind an dem Vorhaben beteiligt, vom Senegal im Westen bis Dschibuti im Osten. Mehr als 8 Milliarden Dollar wurden für das Projekt zugesagt oder bereits gezahlt. Die Initiative bringt afrikanische Länder und internationale Partner unter der Leitung der Kommission der Afrikanischen Union zusammen.

Die Große Grüne Mauer verspricht unter anderem, Ernährungssicherheit und Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel zu erhöhen, Tausende von Arbeitsplätzen zu schaffen, insbesondere für Frauen und Jugendliche, und Risiken für die Menschen wie Dürre, Hungersnot, Konflikte und Migration zu mindern.

Nach Angaben der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD), eines der wichtigsten Partner

der Initiative, wurden bereits große Fortschritte bei der Wiederherstellung der Fruchtbarkeit der Böden in der Sahel-Region erzielt. Beispiele sind unter anderem:

- Äthiopien: 15 Millionen Hektar degradiertes Land wurden wiederhergestellt und die Sicherheit des Landbesitzes verbessert.
- Senegal: 11,4 Millionen Bäume wurden gepflanzt und 25 000 Hektar degradiertes Land wiederhergestellt.
- Nigeria: 5 Millionen Hektar degradiertes Land wurden wiederhergestellt und 20 000 Arbeitsplätze geschaffen.

- Sudan: 2 000 Hektar Land wurden wiederhergestellt.
- Burkina Faso, Mali, Niger: etwa 120 Dorfgemeinschaften wurden beteiligt, ein Grüngürtel auf mehr als 2 500 Hektar degradiertes und trockener Flächen geschaffen und mehr als 2 Millionen Samen und Setzlinge von 50 einheimischen Baumarten gepflanzt.

Die Initiatoren betonen, dass die Große Grüne Mauer einen wesentlichen Beitrag zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) leiste und als globales Symbol dafür stehe, dass die Menschheit ihre größte Bedrohung überwinden könne: die immer schlechter werden Umweltbedingungen. Auf der Website der Initiative heißt es, der Bau der Grünen Mauer zeige, dass wir, „wenn wir mit der Natur arbeiten können, selbst an schwierigen Orten wie dem Sahel Widrigkeiten überwinden und eine bessere Welt für kommende Generationen schaffen können“. (kd)

LINKS

Die Initiative Große Grüne Mauer:
<http://www.greatgreenwall.org>
 UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD):
<https://www.unccd.int>



Überweidung ist eines der Probleme, die Grasland in Wüsten verwandeln, hier in Namibia.



Blumenexporteure schaffen in
Äthiopien Arbeitsplätze und
Einkommen.

Handelspolitik

Das regelgebundene System des Welt Handels steht derzeit zur Disposition. Die Störmanöver scheinen bislang noch keinen bleibenden Schaden angerichtet zu haben, aber sie reduzieren weltweit die ökonomischen Chancen. Die Exportwirtschaft hat sich wegen der Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen als Entwicklungsmotor erwiesen. Deshalb brauchen kleine Volkswirtschaften mit armer Bevölkerung eine liberale Welt handelsordnung besonders dringend. Der Zusammenschluss zu regionalen Wirtschaftsgemeinschaften ist sinnvoll, bietet aber keinen Ersatz für die Welt-

handelsorganisation (World Trade Organization – WTO).



Dieser Schwerpunkt bezieht sich direkt auf folgende UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs): SDG 8 (menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), SDG 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur), SDG 10 (weniger Ungleichheiten) und SDG 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele). Indirekte Bezüge gibt es zur gesamten SDG-Agenda.



Abgesehen vom Namen hat sich nicht viel geändert: Enrique Peña Nieto, Donald Trump und Justin Trudeau (vordere Reihe von links) feiern im November 2018 den Abschluss des USA-Mexiko-Kanada-Abkommens.

„Licht am Ende des Tunnels“

Jahrzehntelang zielte die Handelspolitik der USA auf multilaterale Liberalisierung ab. Als Donald Trump vor zwei Jahren Präsident wurde, gab er sich jedoch entschlossen, einen anderen Weg einzuschlagen. Zu seinen Slogans gehört „America first“. Zwei Jahre nach seinem Amtsantritt ist klar, dass seine Politik Störungen verursacht – und zwar besonders wegen des Zollstreits, den er mit China startete. Ob Trump aber dauerhaften Schaden anrichtet, steht längst noch nicht fest. Iwan J. Azis von der Cornell University im Staat New York nennt Gründe für Optimismus.

Iwan J. Azis im Interview mit Hans Dembowski

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage des Welthandels ein?

Multilaterale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds korrigieren derzeit ihre Prognosen nach unten. Der Welthandel befindet sich also offensichtlich im Abschwung. Die neuen Zölle sind nicht die einzige Ursache, aber sie tragen zu den

Problemen bei. Europas Wirtschaft hatte sich schon verlangsamt, die Aussichten in Japan bleiben unklar, und in China scheint Abschwung unvermeidlich. Der drohende Handelskrieg verschärft die Probleme, selbst in den USA. Wie stark er sich auswirkt, ist von Region zu Region verschieden. Im Mittleren Westen der USA, wo die meisten Waren, die nach China exportiert werden, herkommen, sind sie besonders stark und betreffen auch die Landwirtschaft. Die Zahl der Bauern, die dort Insolvenz anmelden, ist in letzter Zeit gestiegen. Auch die Finanzmärkte beginnen die Folgen des Handelsstreits zu messen.

Die USA und China haben sich wechselseitig mit Strafzöllen belegt, und Präsident Donald Trump hat den Konflikt ausgelöst. Gelten die multilateralen Regeln der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) überhaupt noch?

Dazu gibt es zwei Dinge zu sagen. Negativ ist, dass die aktuellen Spannungen in bilateralen Verhandlungen zwischen Washington und Peking besprochen werden. Dieses

Verfahren unterhöhlt selbstverständlich den Multilateralismus. Positiv ist aber, dass beide Seiten sich noch immer auf WTO-Regeln berufen und sich gegenseitig bezichtigen, diese zu brechen. In diesem Sinne ist das WTO-Regime noch in Kraft. Mithin ist es möglich, nach dem Ende des aktuellen Disputs zum multilateralen System zurückzukehren.

Es gibt mehrere Streitpunkte. Worauf kommt es wirklich an? Trump scheint sich besonders für das Handelsbilanzdefizit seines Landes zu interessieren.

Das stimmt, ich denke aber trotzdem nicht, dass es sonderlich wichtig ist. Die entscheidenden Streitpunkte sind:

- der Schutz geistigen Eigentums,
- das Recht ausländischer Investoren, in China Niederlassungen ohne chinesische Anteilseigner zu gründen, und
- chinesische Subventionen für bestimmte Unternehmen.

Wie die Verhandlungen kurzfristig verlaufen, lässt sich kaum vorhersagen. Es kann schnell vorangehen, aber auch Stockungen geben. Vielleicht wird es noch schlimmer, bevor es wieder besser wird. Längerfristig bin ich aber zuversichtlich, dass China und die USA sich bei den ersten beiden Punkten einigen werden, denn das liegt auch in Chinas Eigeninteresse. Andererseits dürfte sich

China beim dritten Punkt kaum auf Kompromisse einlassen, weil das heftige Auswirkungen auf die Innenpolitik hätte.

Die WTO hat ein Streitschlichtungsverfahren, aber es greift nicht mehr. Das liegt nicht nur daran, dass jetzt bilateral verhandelt wird, sondern auch daran, dass neue WTO-Schiedsrichter berufen werden müssten, was Washington blockiert. Gibt es dafür eine Lösung?

Nein, die Trump-Regierung legt offensichtlich keinen Wert auf eine starke WTO. Die wichtige Frage ist aber, ob es ihm gelingt, das WTO-System zu zerstören oder ob er es nur für einige Zeit durcheinanderbringt. Es gibt Gründe zur Hoffnung, dass die Auswirkungen seiner Politik temporär bleiben.

Welche aktuellen Auswirkungen hat der Handelskrieg zwischen den USA und China denn auf Schwellen- und Entwicklungsländer?

Er schadet ihnen. Der Hauptgrund ist, dass viele Volkswirtschaften seit gut einem Jahrzehnt oder so vom Rohstoffexport nach China angetrieben wurden. Manche Länder sind auch an Wertschöpfungsketten beteiligt, die durch China verlaufen. Die Nachfrage nach ihren Gütern und Dienstleistungen geht nun zurück. Leider dachten viele Regierungen, ihre Volkswirtschaften könnten auf Dauer dank der Rohstoffausfuhr nach China wachsen. Das gilt zum Beispiel für mein Heimatland Indonesien. Der Handelskrieg jetzt zeigt aber, dass das eine Illusion war.

Was raten Sie den betroffenen Regierungen?

Dasselbe wie vor 20 Jahren: Es ist wichtig, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Produktivität zu steigern. Leider hat der Rohstoffboom Entscheidungsträger von diesen Aufgaben abgelenkt, so dass sie zu wenig getan haben, um die Industrialisierung voranzutreiben.

Die Trump-Regierung hat nicht nur China Strafzölle auferlegt. Sie hat auch einen Handelskrieg mit Mexiko und Kanada angekündigt, woraufhin beide Länder sich schnell auf die Neuverhandlung der nordamerikanischen Freihandelszone (North American Free Trade Agreement – NAFTA) eingelassen haben. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Das lässt sich im Moment noch nicht sagen, denn das neue Abkommen ist noch nicht ratifiziert. Es kann Friktionen geben, weil die Demokraten, die gegen Trump opponieren, mittlerweile die Mehrheit im Repräsentantenhaus haben. Ich glaube aber, das United States-Canada-Mexico Agreement – so heißt die Neufassung – wird schlussendlich in Kraft treten. Vom Namen abgesehen hat sich dann nicht viel verändert. Wenn Sie Kontinuität als beruhigend empfinden, ist das eine gute Nachricht. Andererseits verstärkt es den Trend zu immer mehr regionalen Abkommen, die das globale System verwirrend komplex machen. Aus Sicht von Entwicklungsländern, die für den Aufbau von Industrien Auslandsmärkte brauchen, wäre es besser, wir hätten nur ein einziges, kohärentes, multilaterales Regelwerk im Kontext der WTO. Die Neuaushandlung von NAFTA verschlimmert die Lage allerdings nicht sonderlich, denn der Trend zu regionalen und bilateralen Abkommen besteht schon seit vielen Jahren.

Bislang hat Trump der EU keine Strafzölle auferlegt. Er klagt aber immer wieder, die USA importierten mehr aus Europa, als sie dorthin exportierten. Glauben Sie, er startet auch noch einen Handelskrieg mit Europa?

Ich wüsste niemanden, der sagen könnte, was Trump tun und lassen wird. Derzeit sieht es jedoch nicht nach einem Handelskrieg zwischen der EU und den USA aus. Falls Trump doch neue Zölle – etwa auf eingeführte Autos aus Europa – beschließt, wird die EU vergleichbare Schritte unternehmen. Der Konflikt wird dann vielleicht ähnlich schnell geklärt, ohne dass große Probleme entstehen, wie das in Nordamerika gelang. Derzeit könnte die EU – und Deutschland im Besonderen – auch von dem Handelskrieg der USA mit China profitieren. Sie führen ähnliche Dinge aus wie die USA. Deshalb könnte die EU, falls chinesische Zölle US-Lieferungen verteuern, Lücken entsprechend füllen. Davon abgesehen denke ich, dass sich Ihre Bundesregierung tatsächlich Gedanken über Handelsbilanzen machen sollte. Trump beschäftigt sich zu sehr damit, aber Ihre Spitzenpolitiker tun das zu wenig. Welthandel ist großartig und nützt allen Beteiligten, aber wenn Ihre Partner ernsthaft unter anhaltenden Handelsbilanzdefiziten leiden, schafft das Probleme. Das deutsche Modell von fast ausschließlich exportgetriebenem Wachstum ist nicht nachhaltig.

In Deutschland ist es beliebt – nicht zuletzt wegen der niedrigen Arbeitslosigkeit. Was ist falsch daran?

Allzu große Exportüberschüsse sind ungesund. Wohin sollten wir alle denn unsere Güter ausführen, wenn jedes Land der Welt das deutsche Modell übernehme? Wenn die Arbeitslosigkeit bei Ihnen nur deshalb niedrig ist, weil Deutschlands Ausfuhrvolumen so riesig ist, folgt daraus, dass anderswo die Arbeitslosigkeit entsprechend hoch ist. Obendrein führen Ungleichgewichte im Handel zu Finanzungleichgewichten. Wenn Deutschland mehr ausführt, als es einführt, muss sich irgendjemand verschulden – und exzessive Schulden wirken destabilisierend, egal ob sich nun Privatleute oder Staaten verschulden. Wenn die Zinsen steigen, drückt die Schuldenlast noch schwerer. Deshalb ist es gut, dass die US-Notenbank Federal Reserve sich kürzlich von Zinssteigerungen wieder abgewendet hat. Die Lage bleibt aber trotzdem riskant.

Welche Bedeutung hat die Brexit-Debatte für den Welthandel?

Sie trägt zu den Ungewissheiten bei und bereitet den Investoren Sorgen. Positiv ist indessen, dass die EU zunehmend stärker aussieht. Sie blieb in den Brexit-Verhandlungen erstaunlich geschlossen, und derzeit scheint kein Mitgliedsland mit Ausstiegsgedanken zu spielen. Das liegt selbstverständlich daran, dass Britannien zunehmend isoliert ist und die Vorteile der EU klarer zu erkennen sind. Ja, es stimmt, die EU hat Probleme – aber die Probleme der Briten sehen deutlich schlimmer aus.

Wie sehen Sie die Zukunft des Welthandels?

Es gibt Licht am Ende des Tunnels. Wir erleben derzeit zwar Spannungen und Rückschläge, aber bislang ist kein irreparabler Schaden entstanden.



IWAN J. AZIS
ist Professor für
Regionalwissenschaften und
Wirtschaft an der Cornell
University in Ithaca, New York,

und an der University of Indonesia. Er hat Regierungen mehrerer asiatischer Länder zu nationalen und internationalen Wirtschaftsfragen beraten. In diesem Interview äußert er seine persönlichen Ansichten.
<http://iwanazis.com/>

Gegen den Strom

Afrikanische Regierungen haben begonnen, eine kontinentale Freihandelszone zu schaffen. Das soll die wirtschaftliche Lage der Länder verbessern. Es gibt aber noch große Hindernisse.

Von Mwanda Phiri und Kacana Sipangule

Das Regelsystem, das den internationalen Handel steuert – seit 1948 in erster Linie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade – GATT) und als Nachfolger seit 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) –, steht auf schwankendem Boden (siehe Kasten nächste Seite). Allerdings hat Freihandel nicht für alle an Charme verloren. Während Großbritannien die EU verlässt und Trump seine „America First“-Rhetorik pflegt, streben afrikanische Länder eine kontinentale Freihandelszone an. Geplant ist ein Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen, der 55 afrikanische Länder umfassen soll.

Dieses Ziel benannte 2012 eine Resolution der Afrikanischen Union. Angestrebt wird die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (African Continental Free Trade Area – AfCFTA) mit Integration zu einem einheitlichen Markt und freiem Personenverkehr. Im Februar 2019 hatten 49 Länder das AfCFTA-Abkommen unterzeichnet, und 18 hatten es ratifiziert. Damit es in Kraft tritt, sind 22 Ratifizierungen nötig.

Der Traum von einem grenzenlosen Afrika ohne koloniale Bevormundung ist nicht neu. Nach der Unabhängigkeit in den 1960er und 1970er Jahren forderten viele afrikanische Politiker eine bessere Zusammenarbeit der neuen souveränen Nationen. Entsprechende Bemühungen ebneten den Weg zur Bildung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften (regional economic communities – RECs) in den 1980er Jahren. AfCFTA ist der logische nächste Schritt.

WAS AFRIKA SICH ERHOFFT

Was bringt das für Afrika? Vor allem soll die dringend nötige Industrialisierung und ein inklusives, nachhaltiges Wirtschaftswachstum angeregt werden. In der ersten Phase

sollen Zölle und nichttarifäre Hemmnisse für 90% der Waren und Dienstleistungen abgeschafft werden. Das dürfte zu niedrigeren Preisen, geringeren Transaktionskosten, mehr Markteffizienz, Skalenerträgen, höherer Produktivität und höheren Einkommen führen.

Viele afrikanische Länder sind für sich genommen zu klein und können mit Industrieländern bezüglich Qualifikation, Produktivität, Technologie und Massenproduktion – und somit auch im globalen Handel – nicht mithalten. Die meisten afrikanischen Volkswirtschaften sind bislang auf Rohstoffexport mit geringer Wertschöpfung ausgelegt, so dass kaum Arbeitsplätze für hochqualifiziertes Personal entstehen. Durch den Abbau innerafrikanischer Handelshemmnisse kann ein riesiger Markt für Waren und Dienstleistungen entstehen – mit geschätzten 1,2 Milliarden Menschen und einer gemeinsamen Wirtschaftsleistung von mehr als 3,4 Billionen Dollar.

Der Zugang zu einem solch großen Markt dürfte Investitionen anregen, die

Rohstoffverarbeitung vorantreiben und andere Optionen zu mehr Wertschöpfung schaffen. Dank Investitionen und Wissenstransfer würden afrikanische Produkte raffinierter. Harmonisierung und koordinierte Liberalisierung würden den innerafrikanischen Handel beleben.

Alle afrikanischen Länder würden profitieren, aber neuen Simulationsmodellen zufolge besonders Zentralafrika (African Economic Outlook 2019). Dort bestehen nämlich derzeit die größten Handelshemmnisse. Andere afrikanischen Regionen haben schnellere Fortschritte bei Integration, Marktzugang und Infrastruktur gemacht.

Voraussichtlich profitieren auch benachteiligte Menschen von der AfCFTA. Frauen, Bauern und Mittelstand haben von der Handelspolitik wenig gehabt. Tatsächlich wurde in ganz Afrika nur begrenzt mit Agrargütern gehandelt, nicht zuletzt wegen schlechter ländlicher Infrastruktur und Konnektivität sowie geringer Produktivität. Auch Vorschriften und Produktnormen spielen eine Rolle. Viele afrikanische Länder geben große Summen aus, um Nahrungsmittel aus anderen Kontinenten zu importieren. Die AfCFTA soll afrikanischen Bauern neue Marktchancen eröffnen.

Man geht zudem davon aus, dass die AfCFTA über den freien Handel mit Waren



Laster und Frachtzug am Binnenland-Container-Terminal in Nairobi.

und Dienstleistungen hinaus auch den freien Personenverkehr und die Einrichtung eines einheitlichen afrikanischen Luftverkehrsmarktes (Single African Air Transport Market - SAATM) erleichtert. Das wird die Unternehmensgründung in wettbewerbsfähigen Ländern auf dem gesamten Kontinent fördern.

HERAUSFORDERUNGEN ERKENNEN

Die Geschichte der regionalen Integration zeigt, dass es einfacher ist, etwas zu versprechen, als es zu halten. Die EAC (East African Community), die SADC (Southern African Development Community) und die ECOWAS (Economic Community of West African States) haben echte Fortschritte gemacht, aber nicht alle angestrebten Ziele erreicht.

Skeptiker mahnen, entsprechende Probleme dürften auch den weiteren AfCFTA-Prozess belasten. „Flache“ Integration lässt sich mit der Abschaffung von Zöllen und Quoten erreichen, aber „tiefere“ Integration erfordert gemeinsame Regeln und Aufsichtsinstitutionen für weitere ökonomische Themen. Wegen solcher Probleme kommt die Tripartite Free Trade Area nur langsam voran, die EAC, SADC und COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa) vereinigen soll.

Eine der größten Herausforderungen ist, dass Unternehmen kleiner Mitgliedsstaaten der Konkurrenz von größeren, besser ausgerüsteten und fortschrittlicheren Unternehmen aus größeren Mitgliedsländern ausgesetzt werden. Interessengruppen werden sich gegen Zollsenkungen wehren, die ihnen schaden können.

Anders als ihre Nachbarn haben Südafrika, Nigeria, Kenia und Ägypten eine starke verarbeitende Industrie. Sie könnten von größeren Märkten profitieren, fürchten aber auch, von Billiglohnkonkurrenten verdrängt zu werden. Überall herrscht Angst – vor Ausbeutung der Arbeitskraft, Umweltschäden und Diebstahl geistigen Eigentums. Erschwerend kommt hinzu, dass die Rechtssicherheit in den verschiedenen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt ist und offene Grenzen organisierte Kriminalität und Korruption wahrscheinlicher machen. Zudem wird der Wettbewerb auf nationalen Arbeitsmärkten härter. Aus solchen Gründen zögern Eritrea, Benin und Nigeria, die AfCFTA zu unterzeichnen.

GEMEINSAM STÄRKER

Die große Frage ist, ob afrikanische Integration in einer Zeit sinnvoll ist, in der sich

reiche Länder vom Freihandel abwenden. Die Antwort lautet ja. Afrika kann von der Integration profitieren, nicht nur aus den genannten wirtschaftlichen Gründen. Oft heißt es, „Zahlen haben Gewicht“. Die AfCFTA wird die afrikanische Stimme in internationalen Verhandlungen stärken – und zwar nicht nur in Handelsfragen, sondern auch in anderen Politikfeldern.

QUELLE

African Economic Outlook 2019:

https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/2019AEO/AEO_2019-EN.pdf



MWANDA PHIRI

ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin am Zambia
Institute for Policy Analysis
and Research in Lusaka.

mphiri@zipar.org.zm



KACANA SIPANGULE

ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin am Kieler
Institut für Weltwirtschaft (IfW)
und dem Poverty Reduction

Equity and Growth Network (PEGNet).

kacana.sipangule@ifw-kiel.de

Erosion einer Friedensagenda

Donald Trumps Handelskrieg mit China, Brexit und zunehmender Protektionismus zeigen, dass das etablierte Regime des Welthandels wankt. Das ist besorgniserregend. Das System wurde geschaffen, um Frieden und Wohlstand fördern – und es hat sich lange bewährt.

Im Zweiten Weltkrieg wurde klar, dass freundschaftliche Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit eine Voraussetzung für Frieden und Wohlstand ist. Protektionismus und Vergeltungsmaßnahmen hatten in den 1920er und

1930er Jahren den Aufstieg der Nazis in Deutschland begünstigt. Die restriktive Handelspolitik hatte Volkswirtschaften vor der Depression schützen sollen, aber immer tiefer in die Krise geführt.

Angesichts der verheerenden Schäden wollte die Politik Ähnliches künftig verhindern. Westliche Länder begannen wirtschaftlich eng zu kooperieren. Sie schufen Weltbank und Internationalen Währungsfonds und später auch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gene-

ral Agreement on Tariffs and Trade – GATT), aus dem später die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) wurde.

Zu den multilateralen Handelsregeln gehörten von Anfang an Freihandel, Gegenseitigkeit und Nichtdiskriminierung. Im Freihandel gibt es keine Beschränkungen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs. Gegenseitigkeit bedeutet: wenn Land A ein Handelshemmnis verringert, tut Land B ihm gleich. Und Nichtdiskriminierung bedeutet: Für alle gelten dieselben Handelsregeln.

Derzeit erfährt die Handelsglobalisierung mehr und

mehr Ablehnung. Länder zwingen einander immer mehr Zölle auf, um Jobs zu sichern und die heimischen Industrien vor „unfairer“ Wettbewerb zu schützen. Allein zwischen Oktober 2017 und Oktober 2018 benennt der WTO-Bericht zur Handelsüberwachung 137 neue handelsbeschränkende Maßnahmen von Mitgliedstaaten.

WTO-Mitglieder nutzen die etablierten WTO-Instrumente nicht mehr, um Streitigkeiten zu klären. Dieser Trend widerspricht jahrelangen Zollsenkungen und verbindlicher Schlichtung von Handelsstreitigkeiten. Aus afrikanischer Sicht ist das beängstigend.

(ks/mp)

Wie ein Magnet

ECOWAS ist keine perfekte regionale Wirtschaftsgemeinschaft. Sie ist aber ordentlich vorangekommen und wirkt auf Nachbarn attraktiv.

Von Karim Okanla

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – die Kolonialherrschaft war noch ungebrochen – gab es die ersten Integrationsbemühungen in Westafrika. Den ersten Anlauf unterstützte 1945 Frankreich. Der CFA Franc wurde die gemeinsame Währung der frankophonen Kolonien. Sein Wechselkurs war fest an den französischen Franc gebunden. Heute ist die Zentralbank der UEMOA (Union Économique et Monétaire Ouest Africaine – Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) mit Sitz in der senegalesischen Hauptstadt Dakar für die Geldpolitik zuständig, und der Wechselkurs ist an den Euro gebunden.

Nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen, einen Verbund aller westafrikanischer Länder unabhängig von ihrer jeweiligen Größe und Amtssprache zu schaffen, lancierten Nigeria und Togo 1972 eine weitere Initiative. Sie führte zum Vertrag von Lagos, der am 28. Mai 1975 unterschrieben wurde und die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) begründete.

Das eigentliche Ziel war ökonomische Zusammenarbeit mit mehr Handel zwischen den Mitgliedern. Wegen chronischer Instabilität und sogar Bürgerkriegen in einigen Ländern, wurden aber schnell Frieden und Sicherheit zu Kernthemen (siehe Interview mit Vladimir Antwi-Danso in E+Z/D+C e-Paper 2018/02, Schwerpunkt).

Vincent Foly, der Chefredakteur der Beniner Tageszeitung La Nouvelle Tribune, sagt, die ECOWAS sei vielleicht der erfolgreichste Regionalverbund in Afrika. Bezüglich freien Warenaustausches und unbegrenzter Mobilität der Bürger habe er viel erreicht. Auch die Zollunion sei gut, und das System der Finanzierung der ECOWAS-Fachinstitutionen mit einer Einfuhrabgabe funktioniere.

Das positive Image der Wirtschaftsgemeinschaft wirkt aus Sicht des Journalisten wie ein Magnet. Marokko hat im Februar 2017 die Mitgliedschaft beantragt und wartet auf die Antwort.

Mauretanien, das früher der ECOWAS angehörte aber 2000 ausstieg, hat im August 2017 ein neues Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Das war sinnvoll, denn in den ECOWAS-Ländern leben 300 Millionen Menschen auf etwa einem Sechstel der Fläche Afrikas.

Andererseits ist es nicht gelungen ein Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen mit der EU abzuschließen. Bislang gilt nur ein provisorisches Abkommen mit Ghana und Côte d'Ivoire.

Es läuft in der Tat nicht alles rund. Foly urteilt, die ECOWAS stehe auf tönernen Füßen, weil Rivalität zwischen den nationalen Spitzenpolitikern die Bemühungen um weitere Integration unterhöhle.

Andere Beobachter formulieren schärfere Kritik. Für Luc Fernand Kpelly, einen Mediendozenten, vereint die ECOWAS allenfalls „Staatschefs, die sich Macht mit Schmiergeld gekauft haben“. Die früheren Kolonialmächte – Frankreich, Britannien und Portugal – manipulierten das Gesche-

hen im Sinne eigener Interessen: „Frankreich versteckt sich oft hinter Senegal und Côte d'Ivoire, um jeden vielversprechenden Anlauf zu voller Integration zu torpedieren.“

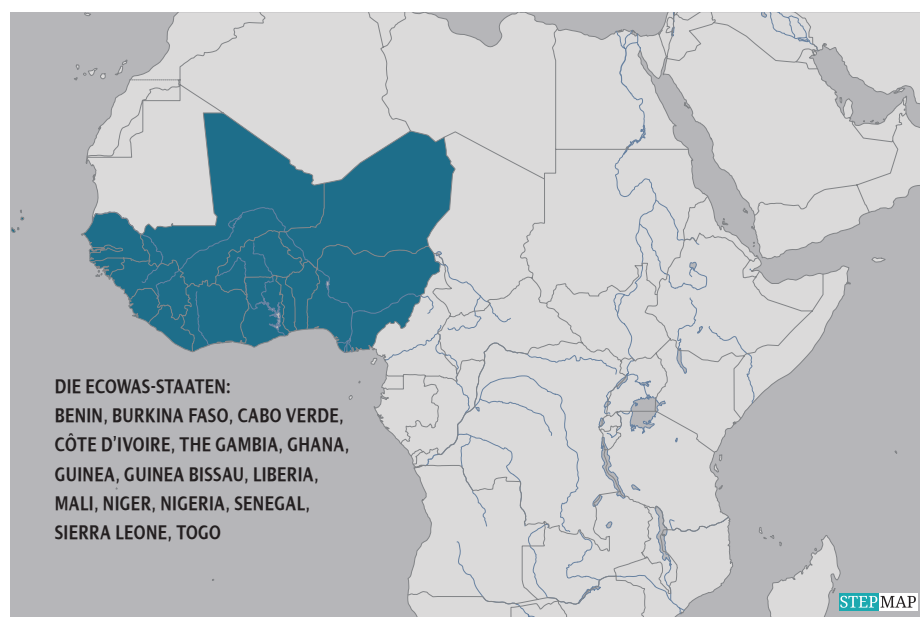
Bislang verfolgt die ECOWAS keine einheitliche makroökonomische Politik für alle Mitglieder. Mehr müsste geschehen, um den Privatsektor zur treibenden Kraft der Integration zu machen. Die Steuerpolitik der Mitglieder ist inkohärent und häufig sogar kontraproduktiv. Mehr Binnenhandel in der ECOWAS würde in der Region externe Schocks abpuffern, aber bislang ist wenig geschehen, um ihn zu stärken. Massenhafte Armut beunruhigt. Die Existenz der meisten Menschen hängt vom informellen Sektor ab – zum Beispiel in Benin (siehe hierzu meinen Kommentar in der Rubrik Debatte im E+Z/D+C e-Paper 2018/10).

Seit Langem gibt es Pläne, eine Währungsunion aller ECOWAS-Mitglieder zu schaffen. Sie kommen aber nicht voran. Angesichts der Probleme, mit denen die Eurozone ringt, ist das vielleicht sogar gut so. In der Tat warnen einige Beobachter, die UEMOA schade wegen der Unterordnung unter europäische Belange den frankophonen ECOWAS-Ländern.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und freier
Autor aus Benin.

karimokanla@yahoo.com



Vom Agrarstaat zum Industriezentrum

Äthiopien gilt in Afrika als eine Art Wirtschaftswunderland. Für die Entwicklungsstrategie der Regierung spielt der Außenhandel eine wichtige Rolle.

Von Alisa Kaps

Kaum ein anderes afrikanisches Land hat sich im vergangenen Jahr so positiv entwickelt wie Äthiopien. Nach Jahrzehnten der autoritären Herrschaft macht das zweitbevölkerungsreichste Land Afrikas unter dem Reformkurs seines neuen Premierministers Abiy Ahmed nun erste Schritte hin zu mehr Demokratie (siehe auch Kommentar von Ludger Schadomsky in E+Z/D+C e-Paper 2018/05, Debatte). Seit seinem Amtsantritt im April 2018 hat der erst 42-jährige Abiy Frieden mit dem langjährigen Erzfeind Eritrea geschlossen, politische Gefangene freigelassen, faire Wahlen für das kommende Jahr versprochen und wirtschaftliche Reformen angekündigt.

Dass Äthiopien als Hoffnungsträger in Afrika gilt, ist aber nicht nur auf den Reformkurs seines neuen Premierministers zurückzuführen. Denn das Land hat bereits in den vergangenen beiden Jahrzehnten beachtliche sozioökonomische Fortschritte gemacht, wenn auch ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich die Einschulungsraten dank hoher Investitionen im Bildungssektor mehr als verfünffacht. Durch den Ausbau des Gesundheitssystems ist die Kinder- und Müttersterblichkeit deutlich gesunken und die Lebenserwartung – der beste Querschnittsindikator für das Wohlergehen der Menschen – um 15 Jahre angestiegen. Auch die Wirtschaft im Land ist beachtlich gewachsen: Ab Mitte der 2000er Jahre lag der jährliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts für mehr als ein Jahrzehnt im Schnitt bei über zehn Prozent – das Höchstniveau auf dem Kontinent.

WEG VOM AGRARSTAAT

Diese Erfolge hat Äthiopien zu einem guten Teil der klaren Entwicklungsstrategie

zu verdanken, welche die Regierung schon lange vor Abiy's Amtszeit verfolgte. Sie hatte das Ziel vor Augen, das Land mit heute mehr als 100 Millionen Einwohnern von einem armen Agrarstaat in ein Schwellenland zu verwandeln, das Landwirtschafts- und Leichtindustrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt verkauft. Dazu haben Äthiopiens Staatslenker dort angesetzt, wo nahezu jeder Transformationsprozess begonnen hat: in der Landwirtschaft. Bereits 1993 entwickelte die Regierung die „Agricultural Development Led Industrialization“-Strategie, kurz ADLI, die die Landwirtschaft als Grundpfeiler für Entwicklungsfortschritte und Ausgangspunkt eines Industrialisierungsprozesses definiert. Äthiopien begann dementsprechend früh, in den Agrarsektor zu investieren, etwa indem landesweit ein Netz von landwirtschaftlichen Beratern aufgebaut wurde, die Kleinbauern dabei unterstützen, produktiver zu werden.

Der Ansatz, zuerst die Produktivität in der Landwirtschaft zu verbessern, hat sich als sinnvoll erwiesen: Seit 1990 haben sich die Erträge – also die Produktionsmengen pro Hektar – bei Getreide und anderen wichtigen Anbauprodukten mehr als ver-

doppelt. Bessere Ernten trugen dazu bei, dass sich die Armut der Landbevölkerung, die 70 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, deutlich reduziert hat. Die Exporte landwirtschaftlicher Produkte sind seither ebenfalls angestiegen, wozu auch kommerzielle Großbetriebe beigetragen haben. Nachteilig dabei ist, dass ihnen die lokale Bevölkerung in einigen Regionen des Landes weichen musste.

Während Äthiopien 1993 landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von 150 Millionen US-Dollar exportierte, lag deren Warenwert 20 Jahre später mit 3,4 Milliarden US-Dollar mehr als 20-mal so hoch. Auch der Erlös von Kaffee, dem Exportschlager Äthiopiens, hat sich seither mehr als versechsfacht. Zudem hat das Land seine Exportproduktpalette in den vergangenen Jahren zunehmend erweitert. So sind seit Mitte der 1990er Jahre beispielsweise Schnittblumen hinzugekommen und mittlerweile zum sechstwichtigsten Exportprodukt Äthiopiens angestiegen. Auf dem afrikanischen Markt liefert nur der Nachbar Kenia größere Mengen davon für den globalen Markt. Bei drei landwirtschaftlichen Produkten ist Äthiopien heute einer der weltweit größten Exporteure: Schnittblumen, Sesam und Kaffee.

INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTUR

Um Unternehmen aus dem Ausland zu Investitionen in Äthiopien zu motivieren, treibt die äthiopische Regierung seit Jahren einen enormen Infrastrukturausbau voran



Kaffee ist eines der Hauptexportprodukte Äthiopiens: Bauer im Bezirk Woreda.

– von neuen Straßen, Strom-, Wasser- und Telekommunikationsleitungen bis hin zu einer neuen Bahnstrecke, die Addis Abeba mit dem Hafen in Djibouti verbindet. Auch neue Industrieparks entstehen: In sechs Parks wird bereits produziert, acht weitere sind im Bau.

Der Ausbau der Infrastruktur und der Industrieparks ist kostspielig und meist nur mit ausländischer Unterstützung zu meistern, die überwiegend aus China kommt. Doch die Anstrengungen scheinen sich für Äthiopien zu lohnen: Im Industriepark Hawassa, dem Flaggschiff-Park 275 Kilometer südlich von Addis Abeba, produzieren mittlerweile fast 20 in- und ausländische Unternehmen, unter anderem aus China, Indien und Sri Lanka. Die Hauptprodukte sind Kleidung und Textilien für Branchenriesen wie H&M, Walmart, Levi's und Guess. Ausländische Investoren finden in Äthiopien günstige Arbeitskräfte und vielseitige Anreize – von Stromsubventionen bis hin zu Zollbegünstigungen.

Im Jahr 2017 flossen insgesamt 3,6 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen nach Äthiopien, mehr als in jedes andere Land in Subsahara-Afrika. Und das Interesse wächst weiter, spätestens seit Premier Abiys Ankündigung, weitere wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Auch deutsche Unternehmen zeigen sich interessiert: Bei seinem Besuch in Äthiopien im Januar wurde Bundespräsident Steinmeier von einer Delegation von Wirtschaftsvertretern begleitet, zu der auch Führungskräfte von Siemens und Volkswagen gehörten. Volkswagen unterzeichnete bei dieser Gelegenheit eine Absichtserklärung: Der Au-



tokonzern aus Wolfsburg möchte künftig in Äthiopien tätig werden und unter anderem ein Montagewerk im Land errichten.

EIN STEINIGER WEG

Mit Hilfe der ausländischen Investitionen soll in Äthiopien der Industrialisierungsprozess Fahrt aufnehmen. Bis 2025 soll sich der Anteil der Fertigungsindustrie, der 2017 bei etwa sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag, nach Regierungsplänen auf 18 Prozent verdreifachen. Bis dahin möchte Äthiopien zu einem der größten Fertigungszentren in Afrika werden und in die Weltbank-Gruppe der Länder mit unterem mittlerem Einkommen aufsteigen.

Damit die ambitionierten Entwicklungspläne der Äthiopier Realität werden können, muss die Regierung unter Abiy allerdings noch viele Herausforderungen bewältigen. Der Infrastrukturausbau lässt zunehmend einen Schuldenberg anwachsen, und viele Investitionen zahlen sich bisher nicht wie geplant aus. So führen beispielsweise die Verzögerungen beim Bau des Grand Ethiopian Renaissance Dam, einem

Mega-Staudamm an der Grenze zu Sudan, dazu, dass benötigte Einnahmen aus dem Stromexport bislang ausbleiben. Da Äthiopien noch immer mehr Güter importiert als exportiert und zeitgleich zunehmend fällige Kredite bedienen muss, schmelzen die Reserven an ausländischen Währungen dahin. Für die Äthiopier ist es deshalb umso wichtiger, dass ausländische Investoren und Geberländer vom Reformwillen überzeugt werden können, damit sie dringend benötigte Devisen ins Land bringen.

Dies scheint dem neuen Premierminister bisher gut zu gelingen. Weniger Erfolg haben er und seine Regierung dabei, die über 80 unterschiedlichen Ethnien im Land zusammenzuhalten. Die schon lange brodelnden ethnischen Konflikte kochen seit der demokratischen Öffnung Äthiopiens wieder hoch. Regelmäßige gewaltsame Zusammenstöße zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen gefährden aktuell die Stabilität des Landes und damit auch Abiys Reformkurs. Ob Äthiopien seine bisherigen Erfolge verstetigen und zu einem Industriezentrum in Afrika aufsteigen kann, hängt auch davon ab, ob es gelingt, diese inneräthiopischen Konflikte zu lösen. Denn ohne innerstaatliche Stabilität lassen sich Reformen kaum umsetzen.



ALISA KAPS
ist Wissenschaftlerin am
Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung und
beschäftigt sich

hauptsächlich mit den demografischen
Herausforderungen in Subsahara-Afrika.
kaps@berlin-institut.org

Industrielle Perspektiven

Die Produktion von Primärprodukten wird Äthiopien nicht auf Dauer ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und steigende Einkommen bescheren. Das Land am Horn von Afrika will zwar die Produktivität im Agrarsektor noch weiter steigern. Es will genügend Nahrungsmittel für die Ernährung seiner

Bevölkerung produzieren, was bislang trotz aller Fortschritte nicht gelingt. In Zukunft sollen auch mehr Rohprodukte zu höherwertigen Erzeugnissen veredelt werden, die sich mit größeren Gewinnmargen auf dem Weltmarkt verkaufen lassen.

Kaffee, Gewürze, Obst, Gemüse sowie tierische Pro-

dukte wie Fleisch und Milch sollen in sogenannten Agro-Industrieparks aufbereitet und weiterverarbeitet werden. Denn damit lässt sich nicht nur mehr Geld verdienen, es entstehen auch Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette. Diese braucht Äthiopien dringend für seine wachsende Zahl an Erwerbsfähigen.

Die Verarbeitung von Agrarprodukten ist allerdings nicht das einzige Standbein,

auf das sich der äthiopische Industriesektor künftig stützen soll.

Auch weitere Betriebe aus der Leichtindustrie sollen sich im Land ansiedeln, etwa aus der Leder-, Textil- und Bekleidungsbranchen sowie der Chemie- und Pharmaindustrie. Laut Regierungsplänen sollen mit Hilfe ausländischer Investitionen bis 2025 zwei Millionen neue Jobs im Industriesektor entstehen. (ak)

Größere Märkte, größere Chancen

Freihandel ist für Entwicklung wichtig. DEG-Vorstandssprecherin Christiane Laibach erläutert die Gründe.

Christiane Laibach im Interview mit Hans Dembowski

Weshalb brauchen Entwicklungsländer eine liberale Welthandelsordnung?

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass Exporte für Industrialisierung und Wohlstandsentwicklung immer wichtig waren. Ausfuhren führen zu mehr Arbeitsplätzen und zusätzlichen Einkommen. Das war bei der Entwicklung der Industrieländer so, und das ist auch heute noch so.

Selbst ein bevölkerungsreiches Land wie Bangladesch mit doppelt so viel Einwohnern wie Deutschland braucht für das Wachstum seiner Textilwirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten. Liegt es daran, dass wegen weitverbreiteter Armut die inländische Nachfrage nicht stark genug ist?

Die Inlandsnachfrage spielt für Wirtschaftswachstum sicherlich eine wichtige Rolle. Viele Entwicklungsländer sind sehr klein, und ihre Wirtschaft ist kaum diversifiziert. Das ist in Afrika besonders der Fall. Kleine Märkte bieten generell weniger Chancen – das gilt nicht nur für den Konsumgüterabsatz, sondern für sämtliche Produkte und Dienstleistungen. Dass der Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland stark ist, liegt auch daran, dass die Binnennachfrage nach diesen Gütern hier stark ist. Je größer die Märkte sind, desto größer sind die Chancen.

Die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) verliert derzeit rasant an Ansehen. Bieten Regionalorganisationen wie etwa die EAC (East African Community) oder die ECOWAS (Economic Community of West African States) zusammen mit den Handelsabkommen, die sie mit der EU geschlossen haben, ausreichend Schutz für die Mitgliedsländer?

Ein zoll- und quotenfreier Marktzugang zu den EU-Märkten ist natürlich sehr wertvoll. Die Erfahrung lehrt, dass der Zusammen-

schluss zu regionalen Märkten die ökonomischen Aussichten für alle Beteiligten verbessert. Regionalabkommen sind wichtig, aber der WTO kommt eine starke globale Koordinierungsfunktion zu, die erhalten bleiben sollte.

Und entsprechend sind die Pläne für eine panafrikanische Freihandelszone sinnvoll?

Auf jeden Fall. Gemeinsame Regeln zu beschließen und durchzusetzen ist sicher eine große Herausforderung, und Integration ist

der mehr Arbeitskräfte, Zulieferungen, Betriebsstätten, Dienstleistungen und so weiter. Je weniger Aufwand und Kosten durch Grenzen verursacht werden, desto leichter fällt den Unternehmen zudem die Integration in internationale Lieferketten.

Integration in Lieferketten bedeutet aber doch Unterwerfung kleinerer Unternehmen unter die Interessen multinationaler Konzerne. Ist das wirklich erstrebenswert?

Die Unternehmen erkennen die Chancen, die aus der Zusammenarbeit mit Großunternehmen resultieren. Etwa Technologie- und Know-how-Transfer, wenn sie Teilprodukte zum Beschaffungsprogramm großer, international tätiger Unternehmen beitragen. Integration in Lieferketten bedeutet



Textilarbeiterin in einer nigerianischen Fabrik, die mit DEG-Geld unterstützt wird.

keine leichte Aufgabe. Das zeigt auch die Entwicklung der Europäischen Union. Wo das aber gelingt, winken große wirtschaftliche Vorteile. Unter anderem locken regionale Handelsabkommen ausländische Investoren an, denn sie können nun eine größere Nachfrage bedienen. Natürlich verbessern sich auch die Absatzchancen örtlicher Unternehmen, und in dem Maß, wie sie expandieren, brauchen sie selbst auch wie-

Anschluss an den Weltmarkt mit riesigen Absatzpotenzialen. Wichtig ist dabei auch zu lernen, internationale Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten, denn das wird zunehmend vorausgesetzt. Wir stellen in Gesprächen mit unseren lokalen Partnern fest, dass die Unternehmer heute sehr viel klarer die Vorteile nachhaltiger Betriebstätigkeit sehen und offener reagieren, wenn wir solche Themen ansprechen.

Welche Art von Unternehmen ist denn für soziale und ökologische Entwicklung besonders wichtig?

Es sind oft mittelständische Familienfirmen. Auch dafür gibt es historische Entsprechungen in den Industrieländern. Familienunternehmen wollen langfristig etwas aufbauen und nicht nur kurzfristig Gewinne maximieren. Sie sind oft auch über ihre Geschäftstätigkeit hinaus ins Community-Building involviert – nicht zuletzt, weil für ihre Betriebe auch ein stabiles Umfeld wichtig ist. Ihnen ist klar, dass es auch auf Bildung und Gesundheitswesen ankommt, wenn sie auf Dauer motiviertes Personal haben wollen. Der wichtigste Punkt ist aber, dass die Privatwirtschaft der Motor für die Schaffung von Arbeit und Einkommen ist. Ohne sie gibt es keine Wohlstandsentwicklung. Wir unterstützen solche Unterneh-

men nicht nur mit Finanzierungen, sondern bieten auch Beratung zu Themen wie Energieeffizienz, Personalentwicklung oder Corporate Governance. Wir nennen dieses Angebot „Business Support Services“.

Die DEG kooperiert mit Unternehmen aus Entwicklungsländern sowie Europa. Worauf legen deutsche Mittelständler Wert, wenn sie Investitionen zum Beispiel in Afrika erwägen?

Sie interessieren sich immer für das Marktpotenzial und für die örtlichen Rahmenbedingungen. Es geht also um die Zahl der möglichen Kunden und die Kaufkraft, aber auch um Dinge wie Ausbildung, Energieversorgung, Rechtssicherheit (siehe Christiane Rudolph im Schwerpunkt im E+Z/D+C e-Paper 2019/01). Entsprechend begrüßen und unterstützen wir daher auch gerne die

Compact-with-Africa-Initiative, die die G20 auf deutsche Anregung hin beim Gipfel 2017 in Hamburg beschlossen hat. Das Ziel ist, die Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft systematisch zu verbessern. Allen Beteiligten ist klar, dass Afrikas Märkte nach wie vor vergleichsweise klein und fragmentiert sind – und dass das für Entwicklung auf Dauer keine gute Grundlage ist.



CHRISTIANE LAIBACH
ist Sprecherin der
Geschäftsführung der DEG
– Deutsche Investitions- und
Entwicklungsgesellschaft. Die

DEG gehört zur KfW Bankengruppe und fördert die Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern.

presse@deginvest.de

Anschubfinanzierung für Afrika

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft – gehört zur KfW Bankengruppe und fördert deutsche und lokale Privatunternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dazu gehören unterschiedlichste Firmen wie Textilfabriken in Bangladesch (siehe meinen Beitrag in der Tribüne im E+Z/D+C e-Paper 2017/05), ein Fruchtsafthersteller in Kenia oder ein Solarpark in der Karibik.

Alle geförderten Unternehmen müssen gewisse Kriterien erfüllen wie Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen, Einhaltung von Arbeitsstandards sowie nachhaltiges und ökologisch verträgliches Wirtschaften. Die DEG entwickelte 2017 ein Instrument, um die Qualität der Arbeitsplätze sowie die Entwicklungseffekte der von ihr finanzierten Unternehmen zu messen (siehe dazu Christiane Rudolph in der

Tribüne im E+Z/D+C e-Paper 2017/10).

Im Jahr 2018 erreichte die DEG-Finanzierung privater Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern mit 1,9 Milliarden Euro einen neuen Höchstwert (2017: 1,6 Mrd. Euro). Mit den DEG-Zusagen 2018 werden unternehmerische Investitionen in Höhe von insgesamt 9,8 Milliarden Euro unterstützt, sagt die Sprecherin der DEG-Geschäftsführung Christiane Laibach und ergänzt: „Besonders erfreulich ist die Entwicklung in Afrika.“ Auf dem Kontinent erzielte die DEG mit Eigenmittel-Zusagen von 438 Millionen Euro eine neue Bestmarke, hinzu kamen 14 Millionen Euro über Förderprogramme.

Laut Laibach engagiert sich die DEG gezielt in Afrika, um unternehmerische Initiative voranzubringen und Perspektiven für die junge,

wachsende Bevölkerung zu schaffen. Sie gibt aber auch zu, dass es in vielen afrikanischen Ländern immer noch sehr schwer ist, Investitionspartner zu finden. „Das Marktpotenzial ist häufig zu gering, es gibt zu wenig Kaufkraft, die Rahmenbedingungen für Finanzierung und Infrastruktur sind schwierig, und es mangelt an ausgebildeten Fachkräften“, resümiert sie.

Deshalb seien Initiativen der Bundesregierung und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wie die Reformpartnerschaften für mehr Investitionen in Afrika als Teil des Marshallplans mit Afrika sehr wichtig. Laibach nennt das Beispiel der deutschen Firma Knauf International, die gerade im Rahmen des DeveloPPP-Programms des BMZ eine Ausbildungsstätte für junge Leute in Accra, Ghana, eröffnet hat und dort Architekten, Bauingenieure, Bauarbeiter und Handwerker ausbildet. Knauf plant weitere Trocken-

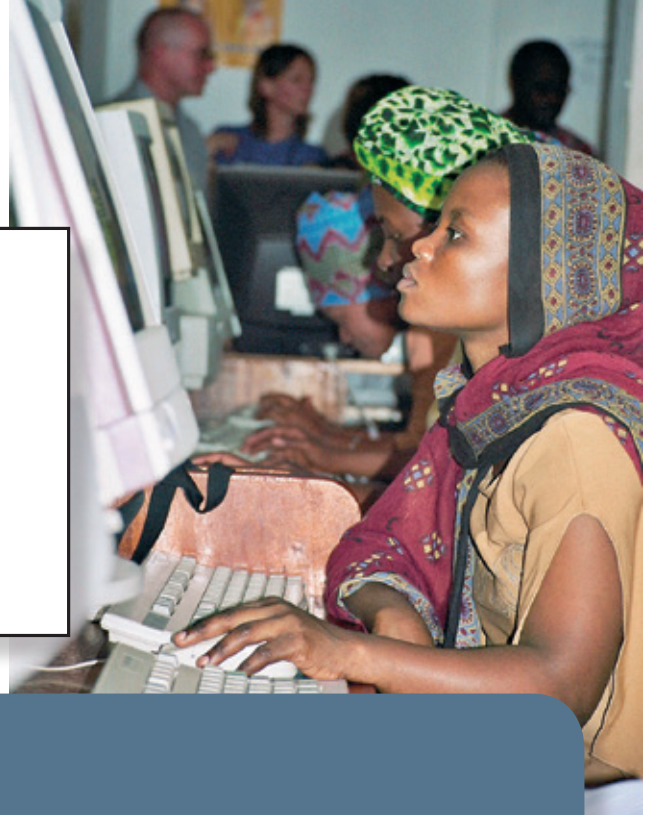
bau-Schulungszentren in sechs afrikanischen Ländern.

Ein Schwerpunkt der DEG-Förderung liegt bei kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dazu baute die DEG ihr 2017 mit lokalen Partnerbanken und Auslandshandelskammern initiiertes Instrument, den „German Desk – Financial Support and Solutions“ weiter aus. Sie eröffnete 2018 einen German Desk in Bangladesch, im Februar 2019 folgte der insgesamt sechste in Ghana. Der German Desk berät deutsche Unternehmen, die sich neu ansiedeln wollen, und ihre lokalen Handelspartner und vergibt Kredite auch in geringer Höhe.

Ein Schwerpunkt sind auch Vorhaben, die den Klima- und Umweltschutz fördern. Dafür stellte die DEG 2018 insgesamt 641 Millionen Euro bereit. Ein Beispiel dafür ist die Finanzierung des mit deutschem Know-how errichteten größten Solarparks der Karibik.

Sabine Balk

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

[Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Über uns](#) [Impressum](#) [English](#)

[DOSSIERS](#) [THEMENFELDER](#) [WELTREGIONEN](#) [RUBRIKEN](#) [AUTOREN](#) [ARCHIV](#) [BLOG](#)

Suche

REGIERUNGSFÜHRUNG

Burundi verlegt seine Hauptstadt



TOP THEMA

Aktuelles e-Paper



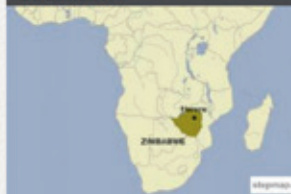
Gratis PDF Download

PEGNET CONFERENCE 2019

PEGNet

25.02.2019 – von PEGNet:
Call for Papers

MAINOUR-SHMENT



25.02.2019 – von Jeffrey Moyo:
Stunted growth

Aktuelle Blog-Beiträge

- [Blog will continue in our Opinion section](#)
- [Why sovereignty must be pooled](#)

Folgen Sie uns





Arbeiter aus dem südafrikanischen Geflügelsektor protestierten 2017 vor dem EU-Sitz in Pretoria. Grund war der geplante Abbau von Arbeitsplätzen, der mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit wegen aus Europa importierten günstigen Huhns begründet wurde.

Beziehungen zwischen der EU und Afrika

Seit 2002 verhandelt die EU Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit der Gruppe der Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten). Auf Grundlage des 2002 unterzeichneten Cotonou-Abkommens sollen die WPA den Handel zwischen der EU und den AKP-Staaten fördern. Allerdings sind vor allem die WPA zwischen der EU und afrikanischen Staaten seit jeher stark umstritten.

Von Monika Hellstern

Die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten stehen laut dem deutschen Ökonomen Helmut Asche an einem Wendepunkt. 2020 läuft das Cotonou-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten aus, das derzeit mehr als 100 Länder vereint und

über 1,5 Milliarden Menschen repräsentiert. Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten basiert darauf. Ziel ist es, zu einer nachhaltigen Entwicklung und der Beseitigung von Armut beizutragen.

Die Post-Cotonou-Verhandlungen begannen im September 2018. Die EU hat sechs Prioritäten festgelegt, unter anderem wirtschaftliche Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit und Frieden. Laut Asche, der 35 Jahre Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Afrika hat und an den Universitäten Leipzig und Mainz lehrt, hat sich die EU-Kommission jedoch bisher offiziell auf Jugend und Beschäftigung konzentriert – eine Chiffre für Migration, das eigentliche politische Interesse der EU. Aus Sicht der EU hätten die WPA Handelsfragen ausreichend

geregelt, sagte Asche auf einer Veranstaltung an der Goethe-Universität Frankfurt. Allerdings sind die meisten WPA nur vorläufig. Die Unterzeichnung der Abkommen mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (Economic Community of West African States – ECOWAS) und der Ostafrikanischen Gemeinschaft (East African Community – EAC) ist gescheitert, und viele afrikanische Länder scheinen kein Interesse an einem Abkommen zu haben.

Laut Asche ist regionale wirtschaftliche Integration eng mit dem Welthandel verflochten. Kleine Länder mit kleinen Märkten profitieren von der Schaffung größerer Märkte, die durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit ihren Nachbarn unterstützt werden.

Technisch gesehen, sind sowohl regionale Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities – RECs) wie die EU als auch Abkommen wie die WPA regionale Handelsabkommen. Erstere erleichtern den Handel zwischen Nachbarländern innerhalb einer Region (intraregional), Letztere fördern den Handel zwischen regionalen Blöcken (interregional). Regionale Integration kann interregionalen Handel antreiben

und umgekehrt. Leider können interregionale Abkommen wie die WPA regionale Gruppen auch untergraben, und genau dies geschieht gerade jetzt.

Ökonomen verwenden häufig ein lineares Modell regionaler Integration mit mindestens fünf Stufen:

- Erstens, eine Präferenzhandelszone senkt Zölle auf bestimmte Produkte für die Mitgliedsländer.
- Zweitens, eine Freihandelszone beseitigt Zölle zwischen den Mitgliedsländern vollständig.
- Drittens, eine Zollunion führt einen einheitlichen Außentarif gegenüber Nichtmitgliedern ein.
- Viertens, ein gemeinsamer Markt ermöglicht den freien Verkehr von Kapital, Arbeit und Dienstleistungen, erhebliche nichttarifäre Hemmnisse bleiben bestehen.
- Fünftens, in einer Währungsunion haben die Mitglieder eine gemeinsame Währung.

Laut Asche hängt die Bewertung der einzelnen WPA vom Integrationsstand der afrikanischen RECs ab. Die EU befindet sich aufgrund des Euro und der tiefen wirtschaftlichen Integration auf Stufe fünf. Afrikanische RECs befinden sich in unterschiedlichen Stadien. Keine Gemeinschaft hat die dritte Stufe abgeschlossen, aber einige weisen Elemente tieferer Integration auf. In welchem Stadium sie sich tatsächlich befinden, ist mangels Daten schwierig zu bestimmen. Asche argumentiert, dass mehr Forschung nötig ist. Zudem gibt es Überschneidungen zwischen afrikanischen RECs, da einige Länder mehreren RECs angehören.

Abgesehen vom Warenhandel, schreitet die innerafrikanische Integration wirtschaftlicher Aktivitäten nur langsam voran. Nur 10 bis 15 Prozent des gesamten afrikanischen Handels werden in Afrika abgewickelt. Laut Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) könnte regionale Integration ein enormes Potenzial erschließen. Eine stärkere Integration könnte Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten in der Region schaffen. Andererseits warnt er, dass der WPA-Ansatz regionale Integration auf ein Sprungbrett für den Zugang zu europäischen Märkten und für globale Integration reduziert hat. Stattdessen sollte regionale Integration Selbstzweck sein.

Neben anderen Klauseln ist die in den WPA enthaltene Meistbegünstigungsklausel

laut Mabanza problematisch. Sie verlangt, dass afrikanische RECs der EU die gleichen Handelsvorteile gewähren wie Ländern mit einem Anteil von einem Prozent oder mehr am Welthandel. Dies hindert afrikanische Länder daran, strategische Partnerschaften mit Schwellenländern wie Brasilien oder China aufzubauen, so Mabanza.

Brexit ist ein weiterer Faktor. Viele afrikanische Regierungen sind besorgt, weil etwa 30 Prozent ihrer Exporte nach Britanien gehen. Mit dessen Austritt aus der EU haben sich die Bedingungen und der Verhandlungsspielraum geändert, sagt Mabanza. Auf der anderen Seite gewinnt dadurch die intraregionale Dimension der Handelspolitik wieder an Bedeutung.

DIE WPA IM JAHR 2019

Asche hält den gegenwärtigen Status der WPA in Afrika mit Blick auf regionale Integration für äußerst enttäuschend:

- Die EAC und die ECOWAS haben keine Abkommen mit der EU unterzeichnet, da einige Mitglieder negative Auswirkungen auf ihre Industrialisierungsbemühungen befürchten.
- Teilabkommen wurden mit den Ländern der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (Southern African Development Community – SADC) unterzeichnet. Das „SADC-WPA“ ist ein Abkommen zwischen der EU und der Südafrikanischen Zollunion (Southern African Customs Union – SACU) plus Mosambik. Das „ESA-WPA“ ist ein Abkommen zwischen der EU und vier anderen SADC-Ländern (Mauritius, Seychellen, Simbabwe und Madagaskar).
- Darüber hinaus hat die EU mit bestimmten Ländern Interims-WPA unterzeichnet, die gescheiterte Vereinbarungen mit RECs ersetzen.

Im Idealfall sollten Nord-Süd-Handelsabkommen wie die WPA Süd-Süd-Abkommen unterstützen. Erstere sollten nicht tiefer gehen oder schneller voranschreiten als Letztere. Da die WPA eine Freihandelszone für Waren zwischen der EU und afrikanischen RECs schaffen, aber Dienstleistungen und ausländische Investitionen nicht regulieren, gehen sie nicht tiefer. Laut Asche sind sie weniger umfangreich als von der EU beabsichtigt. Durch die Unterzeichnung von Abkommen mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen anstelle von RECs verstärkt die EU allerdings Fragmentierung, anstatt

Integration zu fördern – das Gegenteil des erklärten politischen Ziels.

Eine der problematischen Klauseln ist laut Asche die Klausel zum Schutz aufkommender neuer Industrien. Sie soll es Ländern ermöglichen, diese Industrien zeitweise vor dem europäischen Wettbewerb zu schützen. Nach Asches Einschätzung macht der Wortlaut der Klausel ihre praktische Anwendung und eine strategische Industriepolitik so schwierig, dass sie Industrialisierung tatsächlich behindern kann. Dies spricht dafür, den Forderungen Nigerias oder Tansanias nachzukommen und wesentliche Klauseln in den Verträgen umzuformulieren.

Laut Asche gibt es vier Szenarien für die Zukunft der Handelsbeziehungen:

- Szenario 1: Die EU wird die WPA vorantreiben, mehr Länder zur Unterzeichnung bewegen und versuchen, die Vorteile zu belegen.
- Szenario 2: Die EU könnte auf die WPA verzichten und zur EBA-Initiative (Everything-But-Arms) zurückkehren, das es den am wenigsten entwickelten Ländern ermöglicht, alle Waren mit Ausnahme von Rüstungsgütern zollfrei in die EU einzuführen.
- Szenario 3: Die EU und die Afrikanische Union (AU) könnten ein WPA mit Afrika als Ganzem verhandeln, da die AU eine kontinentale Freihandelszone (Continental Free Trade Area – CFTA) anstrebt. Die CFTA wurde von 44 der 55 AU-Mitgliedstaaten unterzeichnet und wird in Kraft treten, sobald 22 Länder das Abkommen ratifiziert haben. Bis Februar 2019 hatten 19 Länder dies getan.
- Szenario 4: Die EU könnte die WPA erheblich verbessern und sie dann mit den bestehenden afrikanischen RECs abschließen.

Die EU-Kommission macht derzeit mit Szenario 1 weiter, als wäre nichts geschehen, sagt Asche. Seiner Meinung nach sind jedoch wesentliche Verbesserungen und ein strategischer Dialog erforderlich, um faire Vereinbarungen für alle Beteiligten zu erzielen. In seiner 2019 erscheinenden Monographie „Regional Integration, Trade and Industrialization in Africa“ wird Asche diese Themen detailliert analysieren.



MONIKA HELLSTERN
ist Redaktionsmitglied bei
E+Z/D+C.
euz.editor@
fazit-communication.de

Wie Sanktionen zu Krieg führen können

Um das Nuklear-Abkommen mit dem Iran zu retten, haben Deutschland, Frankreich und Britannien kürzlich eine neue Einrichtung geschaffen, um Handel mit Iran ohne Nutzung des Dollars zu ermöglichen. Dieser Ansatz ist diplomatisch stimmig – wirtschaftlich kommt er aber womöglich zu spät.

Von Maysam Behravesht

Die neue Einrichtung heißt „Instrument for Supporting Trade Exchanges“ (INSTEX). Sie soll laut einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister der drei europäischen Länder (E3) „den legitimen europäischen Handel mit dem Iran ermöglichen und sich zunächst auf die Branchen konzentrieren, die für die iranische Bevölkerung wichtig sind – also Arzneimittel, Medizinprodukte, Lebensmittel und Agrargüter“.

Unternehmen sollen mit iranischen Partnern Geschäfte ohne den US-Dollar machen können. Denn die kürzlich beschlossenen Sanktionen der USA richten sich nicht nur gegen den Iran, sondern auch gegen seine Partnerländer. Indem die US-Währung nicht genutzt wird, lassen sich die Sanktionen umgehen. Die E3 erklären, dass „INSTEX langfristig auch anderen wirtschaftlichen Akteuren aus Drittländern offenstehen möchte, die mit dem Iran handeln“.

INSTEX wird erst in ein paar Monaten operativ tätig sein können. Die Maßnahme soll die Gefahr einer militärischen Eskalation abwenden, doch womöglich ist es dafür schon zu spät.

Denn das multilaterale Atomabkommen vom Juli 2015 ist bereits äußerst fragil. Damals stimmte der Iran im Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) gemeinsam mit Britannien, China, Frankreich, Deutschland, Russland und den USA zu, sein Atomwaffenprogramm zu drosseln – im Gegenzug für die Aufhebung internationaler Sanktionen.

Im Mai 2018 trat US-Präsident Donald Trump aus dem JCPOA mit der Begründung

aus, die US-Interessen und die Sicherheit seines Landes seien bedroht. Denn der Deal beziehe weder Teherans Raketenprogramm ein noch dessen „destabilisierendes“ Verhalten im Nahen Osten. Das war gar nicht das Ziel des JCPOA gewesen. Trotzdem begann die Trump-Regierung „maximalen Druck“ gegen die Islamische Republik auszuüben. Wenige Monate nachdem sich die USA aus dem Atomdeal zurückgezogen hatten, verhängten sie umfassende Wirtschaftssanktionen gegen den iranischen Öl- und Bankensektor.

Die E3 hingegen erklären anders als Washington, der Iran sei seinen Verpflichtungen im Nuklear-Deal nachgekommen. Sie möchten das Abkommen fortführen, konnten aber die Folgen der US-Sanktionen nicht verhindern. Große europäische Unternehmen haben auf den Druck der USA



reagiert und ihre Geschäftsbeziehungen mit dem Iran stark eingeschränkt und teils sogar eingestellt. Dazu gehören der Ölriese Total, die Reedereigruppe Maersk, die Automobilhersteller Daimler und Renault, die Eisenbahngesellschaft Stadler Rail und der Pharmahersteller Sanofi. Dadurch wurden Tausende Iraner arbeitslos.

PROTESTE UND STREIKS

Tatsächlich zeigen die Sanktionen Wirkung. Wegen verminderter Ölexporte (siehe Kasten nächste Seite), steigender Arbeitslosigkeit und beschleunigter Inflation kam es bereits zu landesweiten Protesten und Streiks.



Besucher einer Militärausstellung in Teheran im Februar.

Viele Betroffene schieben ihre wirtschaftliche Not auf schlechte Regierungsführung, Missmanagement und Korruption.

Die Unruhen bestärken die iranische Opposition im Ausland, ihre Aktivitäten gegen die Islamische Republik zu intensivieren. Sogar die Herrschaft des 1979 gestürzten Schah Reza Pahlavi wurde teils wieder verherrlicht. Seit seinem Sturz regiert ein schiitisches Regime das Land. In Washington ansässige Befürworter eines Regime-Wechsels hegen nun Hoffnungen; dabei kann auch alles schlimmer kommen, als sie erwarten.

Irans Präsident Hassan Rouhani kämpft darum, den politischen Schaden zu begrenzen. Dem obersten Führer, Ajatollah Ali Khamenei, nahestehende islamistische Hardliner sind verärgert über Rouhani: Die „gemäßigte Außenpolitik“ seiner „zentristischen“ Regierung sei gescheitert.

Am 31. Januar räumte Rouhani ein, dass die wirtschaftliche Lage schwierig sei. Kritik versuchte er aber zu zerstreuen: „Der Druck auf das Land und die Wirtschaftssanktionen sind so drastisch wie seit 40 Jahren nicht. (...) Unser Problem ist vor allem der Druck, den Amerika und seine Freunde ausüben. Die pflichtbewusste Regierung und das islamische System kann man dafür nicht verantwortlich machen.“

Auch das Verteidigungsbudget wurde beschnitten. Besonders in Zeiten steigenden internationalen und nationalen Drucks ist das recht ungewöhnlich – und nur mit steuerlichen Engpässen zu erklären. Präsident Rouhani legte dem Parlament Ende Dezember einschlägige Pläne vor. Das Verteidigungsbudget für das nächste Haushaltsjahr (21. März 2019 bis 20. März 2020) wird bei fast 15 Milliarden Dollar liegen, 16 Prozent weniger als im laufenden Geschäftsjahr. Es beinhaltet Ausgaben für Revolutionsgarden, Armee, Polizei und alle sonstigen Sicherheitskräfte.

Aktuell fehlt Teheran eine kohärente und langfristige Strategie, um der „Maximaldruck“-Politik Trumps die Stirn zu bieten. Der oberste Führer hatte wiederholt gefordert, eine „Widerstandsökonomie“ zu etablieren und den Iran vom Welthandel und der internationalen Finanzwirtschaft abzukoppeln. Zu einer solchen „Selbstversorger“-Strategie gehört es seiner Meinung nach, inländische Produktion sowie Angebot und Nachfrage systematisch zu steigern. Eindeutig fehlt dem Iran aber das Geld aus Öleinnahmen, um eine solche Dynamik in Gang zu setzen.

Andererseits tut die Rouhani-Regierung alles dafür, Trumps Konfrontationspolitik zu diskreditieren. Sie will, was die Interaktion mit der Islamischen Republik angeht, einen Keil zwischen USA und EU treiben. Rückenwind erhielt sie am 3. Oktober. Da erlegte der Internationale Gerichtshof (ICJ) den USA auf, zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe und eine sichere Zivilluftfahrt nicht unter den Sanktionen leiden. Auch wenn der UN-Gerichtsentscheid nicht durchsetzbar ist und US-Außenminister Mike Pompeo ihn ablehnt, ermutigte er die iranische Führung, ihren Widerstandskurs fortzusetzen.

Einige Hardliner wollen mehr und planen ein Revival der iranischen „Ostwärts“-Politik, wie sie Mahmud Ahmadineschad (2005 bis 2013) in seinen letzten Jahren als Präsident verfolgte. Die Idee war und ist, mit Russland und China zu kooperieren, um die wirtschaftlichen Folgen der westlichen Anfeindungen abzuschwächen. Zu Teherans Enttäuschung wollen aber offenbar weder Russland noch China geostrategische Vorteile opfern, um den Iran vor dem Druck aus dem Westen zu schützen.

Tatsächlich neigen beide Mächte dazu, Teheran in internationalen Angelegenheiten als Druckmittel zu benutzen. Wie die E3 bestehen sie zwar auf ein Fortbeste-

hen des Atomabkommens, ansonsten aber wirkt der Iran zunehmend isoliert.

Um den geschäftlichen Austausch fortzusetzen, fordern die E3, dass Teheran die Anforderungen der multilateralen Financial Action Task Force (FATF) umsetzt. Dazu gehören Gesetze gegen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Laut Majid Reza Hariri, Mitglied der Handelskammer Iran-China, teilen die meisten Länder die Ansichten der E3.

Präsident Rouhani will, dass das Parlament Gesetzesvorlagen verabschiedet, um die FATF-Bedingungen zu erfüllen. Das aber verhindern mächtige Hardliner. Sie sagen, diese Vorgaben verletzen die nationale Souveränität des Irans und behinderten die Unterstützung islamistischer Gruppen wie der Hisbollah im Libanon und der Hamas in den Palästinensergebieten. Die iranischen Revolutionsgarden sind am syrischen Bürgerkrieg beteiligt, im Jemen führt das Regime einen Stellvertreterkrieg gegen Saudi-Arabien.

Bislang waren die E3-Maßnahmen zum Erhalt des Nukleardeals diplomatisch wertvoll, ökonomisch jedoch nicht: Mit Irans Wirtschaft geht es rapide bergab. Hardliner wollen das Nuklearwaffenprogramm gewiss bald wieder aufnehmen – vor allem, weil sie wissen, dass ihre Macht gefährdeter ist denn je seit der Revolution vor 40 Jahren. Bald könnte Rouhani nicht mehr in der Lage oder bereit dazu sein, neue Nuklearaktivitäten zu verhindern. Dann wäre ein verheerender Krieg, der den gesamten Nahen Osten und weitere Weltregionen zerstören würde, wahrscheinlich.



MAYSAM BEHRAVESH
ist freier Journalist und
promoviert in
Politikwissenschaften an der
Lund University in Schweden.

Twitter: @behmash

Rohstoffhandel

Im November 2018, als der zweite Teil der US-Sanktionen wirksam wurde, sanken Teherans Rohölexporte – Hauptmotor

der iranischen Wirtschaft – laut Nachrichtenagentur Reuters auf unter eine Million Barrel pro Tag (barrels per day – bpd). Vor dem

Rückzug der USA aus dem Atomabkommen waren 2,5 Millionen bpd üblich. Jetzt ist das Niveau so niedrig wie zu Zeiten früherer Sanktionen. Der Ölexport in asiatische Volkswirtschaften wie China, Japan, Südkorea, Taiwan und Indien spielt kaum eine Rol-

le. Um zu verhindern, dass die globalen Ölpreise in die Höhe schnellen, hatte Washington mehreren Ländern Ausnahmen oder Befreiungen zugestanden. Im Januar erklärte das US-Außenministerium jedoch, diese nicht zu verlängern. (mb)

Süd-Süd-Beziehungen prägen Indiens Außenhandel

Die vergangenen drei Jahrzehnte haben Indiens Außenhandel grundlegend verändert. Während Indiens Handel mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern stark gestiegen ist, importiert das Land mehr, als es exportiert. Das macht seine Wirtschaft angreifbar.

Von Praveen Jha

Seit der Unabhängigkeit 1947 bis in die frühen 1990er war Indiens Wirtschaft sozialistischer Politik entsprechend vom Außenhandel abgeschottet. In den 1980er Jahren begann Indien seine Wirtschaft zu liberalisieren. Der Prozess beschleunigte sich in den frühen 1990er Jahren. Wegen einer Zahlungsbilanzkrise musste sich die indische Regierung Geld vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank leihen. Strukturanpassung war die Bedingung. Für den damaligen Finanzminister Manmohan Singh bot das die Gelegenheit, seine liberalen Wirtschaftsreformen zu konsolidieren (siehe Interview mit Salman Anees Soz im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2018/08).

Inzwischen hat sich die ehemalige Planwirtschaft weitgehend zur liberalen Marktwirtschaft entwickelt. Das gilt vor allem für den Außenhandel. Indien hat 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) mitbegründet und hatte zuvor auch das Allgemei-

ne Zoll- und Handelsabkommen (GATT), aus dem sie hervorging, unterschrieben. Indien ist klar für eine multilaterale Handelsordnung.

Seit den 1990er Jahren hat sich auch der indische Außenhandel wesentlich verändert. Vom Finanzjahr 1990/91 bis 2017/18 stieg der Gesamtwert der indischen Warenausfuhren um das 16-fache: von 18 Milliarden US-Dollar auf 300 Milliarden US-Dollar. Im gleichen Zeitraum stiegen die Einfuhren um das 20-fache: von 24 Milliarden US-Dollar auf mehr als 460 Milliarden US-Dollar.

Indien exportiert heute weniger Güter aus traditionellen Branchen wie der Textil- und Landwirtschaft. Dafür ist der Gesamtanteil technischer Produkte am Export von 12 Prozent auf 28 Prozent gestiegen. Außerdem ist Indien dank umfangreicher Pharmaexporte zur Apotheke der Welt geworden (siehe Deepak Sapra im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2016/02) und dient zudem als globales Backoffice für Unternehmen in Industrieländern, die ihre Geschäftsprozesse und IT-Dienstleistungen zunehmend auslagern. Das alles wirkt sich positiv auf die Handelsbilanz aus. Nicht zu vernachlässigen sind auch die Überweisungen von indischen Migrant*innen aus dem Ausland. Die tauchen allerdings nicht in der Statistik des Güterhandels auf.



Wenig Wandel gab es bei der Art der Importe. Indiens größte Einfuhrware ist nach wie vor Öl. Abhängig vom Preis macht es etwa 20 bis 30 Prozent der jährlichen Importausgaben aus.

Allerdings handelt Indien heute mit anderen Ländern als früher. In den vergangenen neun Wirtschaftsjahren importierte Indien etwa 30 Prozent seiner Güter und Dienstleistungen aus zwei Ländergruppen: Den Industrieländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den Schwellenländern der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC).

Vor 30 Jahren importierte Indien fast 60 Prozent seiner Waren und Dienstleistungen aus OECD-Ländern und nur 15 Prozent aus den Ländern der OPEC. Etwa acht Prozent der Importe kamen aus Osteuropa und 18 Prozent aus Entwicklungsländern. Importe aus Osteuropa liegen heute nur noch bei 2 Prozent. Ein Grund dafür ist sicher der Zerfall der Sowjetunion. Dagegen stiegen die Importe aus Entwicklungsländern auf 37 Prozent. Dazu zählen Rohstoffe aus den am wenigsten entwickelten Ländern sowie Industriegüter aus China und anderen aufstrebenden Märkten.

Ähnliche Umwälzungen gab es im Exportgeschäft. Der OECD-Anteil sank von 57 Prozent auf 36 Prozent, und die Exporte in OPEC-Länder stiegen von sechs auf 19 Prozent. Während Entwicklungsländer einst 16 Prozent indischer Exportgüter kauften, stieg ihr Anteil auf 42 Prozent. Osteuropäische Länder sind auch hier Schlusslicht mit einem Rückgang von fast 18 Prozent auf nur ein Prozent. Indiens Außenhandel hat sich also deutlich auf Süd-Süd-Kooperationen verlagert.

STÄRKEN UND SCHWÄCHEN

Zweifellos prägt der internationale Handel Indiens Wirtschaft. Die vergangenen zehn



Eine Apotheke in Bangalore: Indien exportiert seine Pharmazeutika in die ganze Welt.

Jahre zeigen aber auch, dass Indiens Bruttoinlandsprodukt schneller gewachsen ist als der Außenhandel. Indiens gesamter Handel erreichte zwar im Wirtschaftsjahr 2012/13 mit 46 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt seinen Höhepunkt. Der schrumpfte jedoch bis 2017/18 wieder auf 30 Prozent. Das lässt sich so erklären: Die Binnenwirtschaft Indiens blieb stark, während die Weltwirtschaft geschwächt war.

Weder die Finanzkrise 2008 traf Indiens Wirtschaft hart noch das nachgelassene Wirtschaftswachstum der Schwellenländer in den vergangenen Jahren.

Einen genaueren Blick verdienen die offiziellen Statistiken. Sie lassen den Außenhandel wichtiger erscheinen, als er ist. Aber die Mehrheit der indischen Bevölkerung sind Kleinbauern, viele davon sind Selbstversorger.

Indiens Außenhandel konnte die hohe Armutsrate im Land bislang nicht senken. Etwa 90 Prozent der Inder verdienen ihren Lebensunterhalt immer noch als Kleinbauern oder im informellen Sektor. Gleichzeitig

hat Indien hochtechnologische und international erfolgreiche Industriezweige hervorgebracht, die Abermillionen die Existenz sichern (siehe Aditi Roy Ghatak im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2018/10). Allerdings stellt Chinas rasante wirtschaftliche Entwicklung auch hier Indien in den Schatten (siehe Kasten unten).

Ein weiterer Schwachpunkt ist Indiens anhaltendes Handels- und Leistungsbilanzdefizit, das die Wirtschaft anfällig für äußere Schocks macht. Wir leben in unruhigen Zeiten, in denen es immer schwerer wird, Entwicklungen vorherzusagen. Bislang hat sich Indien bei Handelsabkommen an WTO-Regeln gehalten. Aber der Einfluss der WTO sinkt. Dafür gibt es mehrere Erklärungen:

- Die WTO hat die multilaterale Handelsordnung seit 2001 kaum mit neuen Abkommen vorangebracht.
- Ihr System für Streitschlichtung wurde im Laufe der Zeit geschwächt, während internationale Handelskonflikte zunehmend eskalierten.

- Die wachsende Zahl regionaler und bilateraler Abkommen macht den Welthandel noch unübersichtlicher.

Auch Indiens Regierung führt inzwischen bilaterale Handelsgespräche und hat Verträge vor allem mit anderen asiatischen Partnern abgeschlossen. Indien ist in diesem Bereich aber weniger aktiv als in seinem Bemühen um multilaterale Abkommen. Es ist schwer einzuschätzen, welche Auswirkungen der derzeitige Handelsstreit zwischen China und den USA haben wird. Indien könnte profitieren, wenn chinesische Hersteller durch steigende Zölle international weniger wettbewerbsfähig werden. Wenn aber ein Abschwung der Weltwirtschaft und gestörte Wertschöpfungsketten die Konsequenz sein sollten, wird es Indien eher schaden.



PRAVEEN JHA
ist Wirtschaftsprofessor an
der Jawaharlal Nehru
Universität in Neu-Delhi.
praveenjha2005@gmail.com

Verbündete Konkurrenten

In multilateralen Kontexten treten die Regierungen Indiens und Chinas gern geschlossen auf und gehen mit westlichen Wirtschaftsmächten auf Konfrontationskurs. Gleichzeitig konkurrieren sie aber auch geostrategisch miteinander. Chinas stärkere Wirtschaft verschafft dem Land einen Vorsprung. Ein Vergleich der beiden Volkswirtschaften ist aufschlussreich.

China hat sein Exportgeschäft mit Industriegütern beachtlich gesteigert. Indiens Bilanz fällt hier eher mäßig aus. China gilt inzwischen als Fabrik für die ganze Welt und stellt Indien in den Schatten (siehe Aditi Roy Ghatak im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2016/09).

Die Daten aus der WITS-Datenbank der Weltbank für das Jahr 2015 zeigen, dass China mit dem Export von Kapitalgütern 26-mal mehr Einnahmen erzielte als Indien. Bei Maschinen, Anlagen und Elektrogeräten war Chinas Exportvolumen 41-mal größer. Außerdem machten im Jahr 2016 High-Tech-Produkte ein Viertel von chinesischen Exporten aus. Indiens Quote lag dagegen nur bei sieben Prozent. Indien kämpft zudem mit einem großen Handels- und Zahlungsbilanzdefizit, während China kontinuierlich eine positive Handelsbilanz aufweist.

In den vergangenen 20 Jahren hat Indien allein im Handel mit China ein massives Defizit angehäuft. Inzwischen



Indiens Premier Narendra Modi mit Chinas Präsident Xi Jinping
vergangenes Jahr in Wuhan.

sind es mehr als 50 Milliarden Dollar. In der IT-Branche ist Indien zwar wettbewerbsfähig, aber das reicht nicht aus, um die Lücken zu schließen. Au-

ßerdem schafft es Indien nicht, massenhaft Arbeitsplätze zu schaffen, wie das China in der verarbeitenden Industrie getan hat. (pj)

Mehr Fairness und Nachhaltigkeit

Der Welthandel braucht „faire multilaterale Regeln“, die „alle Aspekte der Nachhaltigkeit“ berücksichtigen. Diese Überzeugung vertreten prominente Sozialdemokraten und Wissenschaftler in einem Grundsatzpapier und sprechen sich damit gegen eine marktradikale Handelspolitik aus.

Von Sabine Balk

Viele Menschen haben gegen die Pläne der EU zu Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) protestiert. Sie kritisierten nicht nur die intransparenten Geheimverhandlungen, sondern äußerten

Land statt, denn Produktionsprozesse mit hoher Wertschöpfung und entsprechend hohen Erträgen passierten vorrangig in reicheren Ländern.

Aus diesen Gründen fordern die Autoren eine Neuausrichtung der Handelspolitik. Sie sollte sich an der UN-Agenda 2030 mit den Zielen für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs) sowie dem Pariser Klimaschutzabkommen orientieren. Nötig seien die Regulierung der Finanzmärkte, eine Reform der Agrarpolitik und eine neue Entwicklungspolitik. Auf den Märkten sollten nur Güter gehandelt werden, die unter fairen sozialen und ökologi-

sichtigen. Die USA und die EU gaben aber bilateralen Verhandlungen den Vorrang, weil sie hofften, ihre Interessen etwa in Hinsicht auf gesonderten Investorenschutz leichter durchsetzen zu können.

ZIELE ZUR VERBESSERUNG DES WELTHANDELS

Nach Ansicht der Autoren muss die EU die demokratischen Prozesse in der Handelspolitik stärken, gerade weil die USA unter Trump als Gestaltungsmacht ausfallen. Dazu müssten die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlaments bei Handelsverträgen ausgedehnt werden. Zudem sollten auch in nationalen Parlamenten handelspolitische Debatten geführt und Vertreter der Zivilgesellschaft eingebunden werden.

Die Regeln des Welthandels müssen aus Sicht der Sozialdemokraten im WTO-Kontext gestaltet werden. Diese sei auch die geeignete Überwachungs-, Durchsetzungs- und Streitschlichtungsinstanz. Bilaterale Verträge müssten zwingend WTO-konform sein, dürften also über WTO-Regeln hinausgehen, diese aber nicht konterkarieren. Die Autoren lehnen speziellen Rechtsschutz für ausländische Investoren durch internationale Tribunale ab. Sie sprechen sich auch dagegen aus, dass arbeits-, sozial- oder umweltrechtliche Auflagen juristisch als Handelshemmnisse gewertet werden können. Entgegen der bisherigen WTO-Praxis fordern sie derweil, die Ratifizierung der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Grundlage der multilateralen Kooperation zu machen.

Die SPD-Politiker schlagen vor, die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands durch mehr staatliche Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und die Energiewende abzubauen.

LINK

Friedrich-Ebert-Stiftung, 2018: Fair Play im Welthandel. Für eine sozialdemokratische Neuausrichtung der Handelspolitik.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/14746.pdf>



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit / D+C
Development and

Cooperation.

euz.editor@fazit-communication.de



Weltweiter Handel braucht faire Arbeitsbedingungen und Löhne: Textilfabrik in Dhaka, Bangladesch.

die Befürchtung, dass die Abkommen multinationalen Unternehmen zu große Macht verleihen würden. Arbeitnehmer- und Umweltrechte stünden hinten an. Die sozialdemokratischen Autoren teilen diese Sicht. Die Verhandlungen über TTIP liegen seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump auf Eis. CETA ist seit 2017 in Kraft.

Die Autoren des Papiers sehen Entwicklungsländer als benachteiligt. Sie stünden unter einem starken Wettbewerbsdruck. Niedrige Löhne und unmenschliche Arbeitsbedingungen gehörten zu den Folgen. Wertschöpfung finde kaum im eigenen

schen Bedingungen und unter Wahrung der Menschenrechte erzeugt wurden.

Die Sozialdemokraten sehen die Welthandelsorganisation (WTO) als zentrale Instanz, die Regeln definieren, durchsetzen und überwachen sollte. Dabei müssten alle Länder, ob arm oder reich, gleichberechtigt am Verhandlungstisch Platz finden.

De facto seien die Entwicklungs- und Schwellenländer aber benachteiligt. Das ist ein Grund, weshalb die 2011 in Doha ins Leben gerufene Verhandlungsrunde kaum vorangekommen ist. Ihr Ziel war es, die Probleme der Entwicklungsländer zu bertück-



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Tweets 13 Tsd. Folge ich 2.059 Follower 4.660 Gefällt mir 188 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation. Imprint: ow.ly/N8iV30kfnGm

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

4.786 Fotos und Videos

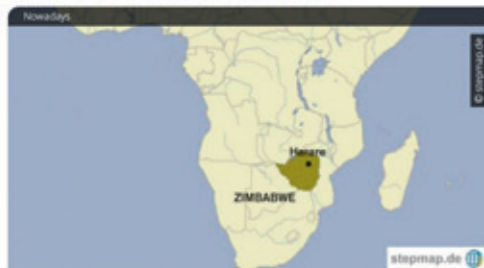


Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C

Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.

Due to #malnourishment, many poor #children in #Zimbabwe suffer from stunted growth ow.ly/vlv730nP1SL #poverty #globaldev #health



Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch:

Aktualisieren



World Bank Africa
@WorldBankAfrica



ODI
@ODIdev



OECD Development Centre
@OECD_Centre

